

R.M. Douglas, »Ordnungsgemäße Überführung«. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus dem Engl. übers. von Martin Richter, München: Beck 2012, 556 S., EUR 29,95 [ISBN 978-3-406-62294-6]

Die dauerhafte Vertreibung von bis zu 14 Millionen Deutschen aus Nord-, Mittel- und Südosteuropa bildete nach der totalen militärischen Niederlage und der Stigmatisierung durch den Massenmord an den europäischen Juden bis weit nach 1945 das Schlusskapitel des Zweiten Weltkriegs für das besiegte Deutschland. Die erzwungene Migration einer derartigen Masse zumeist mittelloser Menschen in ein um seine Ostprovinzen verkleinertes und vom Krieg zerstörtes Land bot alle Voraussetzungen, um in eine beispiellose humanitäre Katastrophe zu münden, die jeden Ansatz eines Wiederaufbaus in Deutschland zunichte gemacht haben würde.

Die im Potsdamer Abkommen sanktionierte Vertreibung hat vieltausendfach zu tiefem menschlichen Leid geführt, die Bevölkerungsstruktur des ehemaligen Deutschen Reiches grundlegend verändert und nur wenige seiner damaligen Bewohner nicht unmittelbar oder mittelbar betroffen. Sie war aber nicht nur ein zentrales Ereignis der deutschen Geschichte, sondern ebenso derjenigen einer Vielzahl europäischer Staaten sowie der Mächte der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition. Wohl aufgrund dieser umfassenden Tragweite des Ereignisses hat trotz einer Vielzahl von Forschungsbeiträgen ihre Historisierung gerade erst begonnen.

Hier setzt das Werk des irischen Historikers Ray M. Douglas an, das nach eigener Aussage eine Studie über die Vertreibungen sein will, »die sie von allen Seiten betrachtet – von ihren frühesten Ursprüngen an und in allen betroffenen Ländern – und ihre Geschichte bis in die Gegenwart fortschreibt, wo sie immer noch einen langen Schatten auf das Geschehen in Europa und der Welt werfen«. Diesem hohen Anspruch, soviel sei vorab bemerkt, wird das Buch in Bezug auf die Vertreibung der Deutschen weitgehend gerecht.

Zu Beginn macht Douglas zwei wichtige Voraussetzungen seiner Arbeit deutlich. Zum einen weist er unmissverständlich darauf hin, dass ein Vergleich zwischen den Vertreibungen und den nationalsozialistischen Verbrechen vor allem an den Juden sowie dem deutschen Besatzungsterror moralisch wie historisch unangemessen ist. Zum zweiten hat er nur in Ausnahmefällen auf unmittelbare Aussagen deutscher Vertriebener als Quelle zurückgegriffen, um jeden Anschein zu vermeiden, von einer unterstellten oder tatsächlichen Opferrhetorik in die Irre geführt worden zu sein. Stattdessen nutzt er in erheblichem Umfang Aktenmaterial aus ostmitteleuropäischen Archiven, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, des UN-Flüchtlings-Hochkommissars sowie der westlichen Alliierten und ihrer Streitkräfte in Europa. Sein Ziel ist die möglichst objektive Beschreibung des Geschehens von Flucht und Vertreibung der Deutschen, beginnend bei den Planungen, über die Durchführungsphase bis hin zu den Folgewirkungen diesseits und jenseits der Oder-Neiße-Linie. Schließlich erfolgt eine ausführliche Würdigung der völkerrechtlichen Aspekte der Vertreibungen, die bis heute gerade in Deutschland Gegenstand stark polarisierender Debatten waren und sind.

Die einzelnen Kapitel folgen der Chronologie der Ereignisse, ohne auf breite Exkurse zu Einzelthemen zu verzichten. Die zu Beginn erfolgende Dämonisierung von Edvard Beneš als »Planer« der späteren Massenvertreibungen von Deutschen aus der Tschechoslowakei überzeichnet sicherlich dessen individuellen Einfluss auf die Ereignisse. Die ausführliche Schilderung seiner Aktivitäten beschreibt gleichwohl idealtypisch das unheilvolle Wirken zeitgenössischer Politiker, Publizisten und Wissenschaftler, die ohne Bedenken auf die Karte ethnisch möglichst homogener Nationalstaaten und Massenvertreibungen als dauerhafte Lösung der in der Zwischenkriegszeit vordergründig so konflikträchtigen Minderheitenproblematik setzten. Dass dies bei Beneš noch dazu im Widerspruch zum markantesten sudetendeutschen sozialdemokratischen Exilpolitiker aus der Tschechoslowakei, Wenzel Jaksch, geschah, dessen Weg der Integration und Loyalität den politischen Gegenentwurf zu Konrad Henleins Sudetendeutscher Partei bildete, muss als besondere Tragik bewertet werden.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Volksdeutschen gelegt, die als Minderheiten außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen beheimatet waren, vor allem in der Tschechoslowakei, aber auch in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien oder im Baltikum. Gebrandmarkt als »fünfte Kolonne« oder »völkisch« vereinnahmt, erlitten

sie während des Krieges im Ergebnis machtpolitischer oder ideologischer Erwägungen häufig ein mehrfaches Vertreibungsschicksal. Breit ausgeführt wird die alliierte Planung der späteren Vertreibungen. Dabei wird die bereitwillige Zustimmung von Briten, Amerikanern und Sowjetrussen zur massenhaften Vertreibung von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei deutlich, die spätestens seit Ende 1944 zu konstatieren ist und in Potsdam schließlich nur noch bestätigt wurde.

Der brutalen und unmenschlichen Praxis der Vertreibungen sind die folgenden Kapitel gewidmet. Der Prozess begann mit den »wilden Vertreibungen«, die sich unmittelbar an die Flucht großer Teile der deutschen Zivilbevölkerung vor der vorrückenden sowjetischen Armee anschlossen und teilweise bereits deutlich vor Kriegsende ihren Anfang nahmen. Hinter ihnen stand die klare Absicht der neuen Machthaber in Polen und in der Tschechoslowakei, so schnell wie möglich und vor vertraglichen Bindungen unter Einbeziehung der Großmächte Fakten zu schaffen. Das Ergebnis dieser Bemühungen fasst Douglas wie folgt zusammen: »Unbestritten bleibt aber, dass die sieben Monate lange Periode der ›wilden Vertreibungen‹ einen gewaltigen Ausbruch staatlich geförderter Gewalt bedeutete, der nach vorsichtigen Schätzungen Hunderttausende von Opfern forderte. Als solche sind sie einzigartig in der Geschichte der Friedenszeiten im Europa des 20. Jahrhunderts.«

Willkür, Hunger, Misshandlungen und schwer zu ermessendes menschliches Leid prägten über lange Zeiträume das Leben der Deutschen in den Vertreibungsgebieten. Douglas schildert die teilweise katastrophalen Zustände in den Internierung- und Abschiebelagern, von denen einige wie Lamsdorf oder Potulitz bis heute Synonyme für Brutalität und Unmenschlichkeit sind. Auch in der Phase der sogenannten organisierten Vertreibungen besserten sich die Zustände kaum. Überfüllte und im Winter unbeheizte Züge, mangelhafte oder gar keine Verpflegung und völlig unzureichende sanitäre Zustände und medizinische Versorgung blieben Kennzeichen einer Massenvertreibung, deren Größenordnung und Begleitumstände völlig unterschätzt worden waren. Besonders betroffen waren neben alten Menschen die zahlreichen Kinder, die unter den schlechten Bedingungen am meisten litten und eine hohe Sterblichkeit aufwiesen. Viele von ihnen wurden zudem aus unterschiedlichen Gründen von ihren Eltern getrennt und teilweise wie Erwachsene zur Zwangsarbeit herangezogen.

In den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten, aus denen die Deutschen vertrieben worden waren, entstand phasenweise ein nahezu rechtsfreier Raum ohne ökonomische Perspektiven für die wenigen Menschen, die in den verlassenen Dörfern und Städten eine neue Heimat suchten. Das Fehlen einer Verwaltungsstruktur und einer akzeptierten Rechtsordnung schuf Platz für Glücksritter und Abenteurer. Das Verhalten der sowjetischen Besatzungssoldaten und der einheimischen Milizen leistete diesen Zuständen weiteren Vorschub. So waren die »wiedergewonnenen Gebiete« in den ersten Nachkriegsjahren eine von Armut gekennzeichnete Problemregion, der »wilde Westen« Polens und der Tschechoslowakei. Diese Zustände waren das Gegenbild zur Aufnahme der deutschen Vertriebenen in den Besatzungszonen diesseits von Oder und Neiße. Die Alliierten hatten kaum Vorsorge für die Aufnahme von Millionen verarmter, verbitterter und perspektivloser Menschen aus dem Osten getroffen. Die Maxime des Handelns lautete, dass die Deutschen es selbst machen sollten, ohne ihnen jedoch den Zugriff auf die notwendige Exekutivgewalt und die erforderlichen materiellen Ressour-

cen zu übereignen. Das Ergebnis war absehbar und bestand in einer heute kaum noch vorstellbaren Überbelegung jedes vorhandenen Wohnraums, allgegenwärtigen Hungers, einer Mangelwirtschaft sowie langjährigen Lagerlebens. Angesichts der aufzunehmenden Massen war rasch auch die Aufnahmebereitschaft der nicht vertriebenen Bevölkerung erschöpft, die ihren Landsleuten aus dem Osten oft über viele Jahre nur eine »kalte Heimat« boten. Dennoch gelang es beiden späteren deutschen Teilstaaten vergleichsweise schnell, die Vertriebenen gesellschaftlich, ökonomisch und politisch zu integrieren, was zweifellos zu den größten Leistungen der Nachkriegsphase in Deutschland zu zählen ist.

Einen ausführlichen Exkurs widmet Douglas der völkerrechtlichen Würdigung der Massenvertreibung der Deutschen insbesondere vor dem Hintergrund, dass Deportationen gegen eine Zivilbevölkerung zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehörten, die in den Nürnberger Prozessen durch die Alliierten zur Anklage gebracht worden waren. Zudem besteht eine unmittelbare Verbindung zwischen der juristischen Würdigung der Vertreibung und möglichen Entschädigungsansprüchen. Er kommt letztlich zu dem Ergebnis, dass die Frage, ob die Vertreibungen zum Zeitpunkt ihrer Durchführung rechtmäßig waren, ungelöst sei. Hoffnungsvoll stimmt jedoch sein weiteres Fazit, dass die meisten Autoritäten der Meinung sind, »es sei zumindest sicher, dass keine solche Operation in Zukunft rechtmäßig ausgeführt werden könne«. Schließlich geht Douglas auf Bedeutung und Erinnerung der Vertreibungen in Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten ein. Nach der Operationalisierung einer auf die jeweils eigene Opferrolle konzentrierten Wahrnehmung während des Kalten Krieges setzte mit dem Ende der kommunistischen Regime eine grundlegend neue Phase gemeinsamer Annäherung an das Vertreibungsgeschehen ein. Die ersten Fortschritte wurden jedoch durch große Vorbehalte sowohl in Polen und Tschechien als auch auf Seiten der Vertriebenen selbst lange verhindert. Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war sicherlich die publizistische Eskalation der Debatte über das vom Bund der Vertriebenen und seiner Präsidentin Erika Steinbach vorgeschlagene »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin. Vor diesem Hintergrund ist es ein ermutigendes Zeichen, dass die aus dieser Idee Ende 2008 hervorgegangene Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung auf gesetzlicher Grundlage einen Beitrag zur europäischen Erinnerungskultur leistet und in wenigen Jahren im Berliner Deutschlandhaus ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum eröffnen wird.

Die Schärfe der vorangegangenen Auseinandersetzungen ist nicht zuletzt auch Resultat der tiefen Verletzungen, die Vertreibungen bei allen von ihr betroffenen Menschen hinterlassen. Dies gilt zweifelsfrei weltweit und ohne Unterschied der politischen Rahmenbedingungen des einzelnen Vertreibungsgeschehens. Douglas' Analyse führt demgemäß zu einem frappierend einfachen und wohl gerade deshalb so überzeugenden Ergebnis, dem nichts hinzuzufügen ist: »Die wichtigste Lehre aus der Vertreibung der Deutschen ist also: Wenn diese Operationen sich nicht in Umständen ausführen lassen, in denen Brutalität, Ungerechtigkeit und sinnloses Leiden unvermeidlich sind, lassen sie sich gar nicht ausführen. Das klare Akzeptieren dieser Wahrheit und die Entschiedenheit, sich von ihr jederzeit und in jeder Situation leiten zu lassen, ist das angemessenste Mahnmal für dieses tragische, unnötige und – so muss man hoffen – einmalig bleibende Ereignis in der jüngeren Geschichte Europas und der Welt.«

Thomas Lindner

Michael Ahrens, Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958, 2., korrigierte Aufl., München, Hamburg: Dölling und Galitz 2011, 474 S. (= Forum Zeitgeschichte, 23), EUR 30,00 [ISBN 978-3-86218-009-7]

Die historische Aufarbeitung der britischen Besatzungspolitik im Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg steckt bemerkenswerter Weise noch in ihren Anfängen. Dies mag daran liegen, dass es mit Ende des Zweiten Weltkrieges nur noch zwei Weltmächte gab: die Sowjetunion und die USA. Frankreich und Großbritannien hatten ihre vorherige Bedeutung verloren und waren allein schon ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage wegen nur begrenzt in der Lage, eine eigenständige Politik zu betreiben. Doch während sich Großbritannien zu Recht als Siegermacht bezeichnen konnte, saß Frankreich bei den alliierten Konferenzen mehr oder weniger am »Katzentisch« und durfte an der richtungsweisenden Potsdamer Konferenz erst gar nicht teilnehmen.

Die britische Besatzungspolitik in Deutschland gestaltete sich wenig spektakulär, was sicherlich Einfluss auf das heute kaum ausgeprägte Interesse an ihr gehabt haben dürfte. So gesehen, war es an der Zeit, dass Michael Ahrens sich mit dieser zu Unrecht vernachlässigten Thematik befasste.

Wenn Ahrens seiner Arbeit den Titel »Briten in Hamburg« gegeben hat, dann hält er, was er verspricht. Dies ist einerseits anerkennenswert, im konkreten Fall aber eher ein Nachteil. Der Titel suggeriert, es habe eine eigenständige Besatzungspolitik für und in der Elbmetropole gegeben, wovon jedoch keine Rede sein kann. Britische Politik in Hamburg kann zwangsläufig nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist nur im größeren Zusammenhang der britischen Besatzungspolitik überhaupt und der der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs insgesamt zu verstehen. Da sich die USA Bremen und Bremerhaven als Enklave und Hafen zur Versorgung ihrer Truppen aus der britischen Zone herausgeschnitten hatten, besaß die Hafenstadt Hamburg für die Briten eine immense Bedeutung. Entsprechend groß war die britische Kolonie an der Elbe, welche die in allen anderen von Großbritannien besetzten deutschen Städten bei Weitem übertraf.

Ahrens Verdienst ist es, erhebliche Lücken zu schließen, soweit es die Beschreibung der ersten Wochen nach dem Einmarsch der Briten in Hamburg anbelangt. Penibel stellt der Autor die Schwierigkeiten und Erfolge dar, mit denen es die Briten beim Aufbau der Verwaltung Hamburgs, bei der Versorgung der Bevölkerung und beim Wiederaufbau der zum großen Teil zerstörten Stadt zu tun hatten. Insbesondere weist er nach, in welcher Weise sich Militär und Militärregierung gegenseitig blockierten. Zudem bereitete die »Heimatfront« im Vereinigten Königreich der »Kolonie« an der Elbe häufig mehr Schwierigkeiten als die im Allgemeinen zur Zusammenarbeit bereiten Deutschen.

Ahrens zeichnet ein detailliertes Bild der britischen Besatzungspolitik, wobei ihm jedoch zu widersprechen ist, wenn er die Besatzungszeit bis auf das Jahr 1958 ausdehnt. Zu dieser Zeit waren die Briten längst keine »Besatzer« mehr. Sie blieben zwar gern in Deutschland, doch vor allem deshalb, weil es ihnen hier bei Weitem besser erging als auf der Insel.

Es ist schade, dass Ahrens in einigen Passagen der Versuchung erliegt, seinem Werk einen zusätzlich »enthüllenden« Charakter verleihen zu wollen. So spricht er im Zusammenhang mit der Vergewaltigung deutscher Frauen durch britische Soldaten als von einer in der Forschung zur Hamburger Nachkriegsgeschichte unbekannten Passage. Schlösse er hier Lücken, wäre dies verdienstvoll, doch relativ

viert Ahrens seine Spektakuläres verheißende Ankündigung, indem er beispielsweise für die Zeit vom 5. bis 10. Mai 1945 drei Fälle und fünf Versuche und für Anfang Juni zwei weitere Fälle aufführt. Diese Zahlen sprechen, auch wenn die Taten für die Opfer schlimm genug waren, verglichen mit anderen Besatzungszonen eher für eine beachtliche Disziplin britischer Soldaten.

Ein weiteres Manko ist, dass Ahrens bisweilen Gerüchte kolportiert, um sie dann auch gleich als solche zu bezeichnen. Nur ein einziges Beispiel: So soll das 12. Korps den Royal Engineers den Auftrag erteilt haben, vier Metallschilder mit dem Namen »General Ross Platz« anzufertigen und dauerhaft am Rathausmarkt anzubringen. Ahrens schreibt dann selbst: »Ob dies wirklich geschah, muss bezweifelt werden.« Jeder Informationsgehalt ist damit hinfällig.

Dennoch ist Ahrens' Studie durchaus zu empfehlen. Sie zeigt auf, dass es den Deutschen unter britischer Herrschaft relativ gut ging, dass die Briten zwar als Sieger in die Hansestadt gekommen waren, sich aber innerhalb recht kurzer Zeit nicht länger als »Besatzer«, sondern auch als Freunde erwiesen. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Besiegten die Sieger wirtschaftlich schon bald nach der Währungsreform, ausgestattet mit der neuen D-Mark, weit hinter sich ließen.

Mit seiner Studie hat Michael Ahrens ein Werk vorgelegt, das zwar opulent ist, dennoch aber auch für den historisch lediglich Interessierten seine Lesbarkeit behalten hat. Bei der rezensierten Studie handelt es sich um die zweite, korrigierte Auflage 2011. Wenn Ahrens in einer dritten Auflage einige der Kritikpunkte aufnähme, bekäme das Buch sicherlich eine neue, zusätzliche Bedeutung.

Volker Koop

William Durie, The British Garrison Berlin 1945–1994. »nowhere to go ...«. A pictorial historiography of the British Military presence in Berlin 1945–1994, Berlin: Vergangenheitsverlag 2012, 187 S., EUR 24,90 [ISBN 978-3-86408-068-5]

Um es vorweg zu sagen: William Durie ist mit dieser »pictorial historiography«, was man nicht ganz korrekt mit »Textbildband« übersetzen mag, ein wunderbares Werk gelungen. Als Fotograf gehörte Durie bis 1994 der britischen Garnison in Berlin an und hat in den davor liegenden Jahrzehnten die Teilung der deutschen Hauptstadt sehr gefühlvoll dokumentiert. Nicht das Mikrofon war sein Werkzeug, nicht der Bleistift, sondern der Fotoapparat. Und wenn es bisweilen heißt, ein Bild sage mehr als tausend Worte, so bestätigt Durie diese Binsenweisheit. Dass diese Aussage heute »dank« moderner Bildbearbeitung nicht mehr in jedem Fall stimmt, tut hier glücklicherweise nichts zur Sache. Gemeinsam mit Major General Sir Robert Corbett, letzter Kommandant des britischen Sektors von Berlin, führt Durie durch die Geschichte des Sektors einer geteilten Stadt, die ja noch gar nicht so lange zurückliegt, von der aber – bedauerlicherweise – nur noch wenige Zeugnisse vorhanden sind.

Nachdem dank sowjetischer Vertragsverletzungen die westlichen Alliierten – zunächst Amerikaner und Briten – nur mit Verzögerung in Berlin einrücken konnten – besetzten die Briten die ihnen zugesprochenen Bezirke Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Tiergarten, Wedding und Reinickendorf. Die beiden letztgenannten Bezirke traten sie an die Franzosen ab, die auch gern Sieger- und damit Besatzungsmacht sein wollten.

Durie verzichtet auf eine chronologische Darstellung der britischen Besatzungspolitik, sondern ordnet den Aufenthalt der Sieger- und dann Schutzmacht thematisch: vom Einmarsch bis zur Potsdamer Konferenz über die Beschreibung der Einheiten einschließlich ihrer Bewaffnung, die Kommandatura bis hin zum Umgang mit den »Waffenbrüdern«, den Sowjets. Die Viermächte-Einrichtungen wie das Spandauer Kriegsverbrechergefängnis, das Berlin Document Centre oder die alliierte Luftsicherheitszentrale beleuchtet Durie ebenso wie Geheimdienstoperationen der Briten und übrigen westlichen Alliierten. Ganz Brite widmet er dem Besuch der »Royalties« in Berlin große Aufmerksamkeit und stellt die Infrastruktur der britischen Garnison dar, die vom NAAFI Club über den elitären British Berlin Yacht Club bis zum auch von den Berlinern gern gehörten BFBS – British Forces Broadcasting Service – reichte. Dass der britische Stadtkommandant in der exklusiven Villa Lemm residierte, ist nur allzu verständlich. Sieger haben sich solche Rechte zu allen Zeiten herausgenommen.

Der Wert des Buches von William Durie besteht einerseits in den größtenteils noch nie veröffentlichten Fotos. Es sind Momentaufnahmen, die zusammengesetzt jedoch fast 50 Jahre deutscher, eher europäischer Nachkriegsgeschichte wiedergeben. Durie lässt den Leser mit diesen Bildern jedoch nicht allein. Die knappen und präzisen textlichen Erläuterungen von Sir Robert Corbett beantworten jede mögliche offene Frage. Erwähnt sei schließlich eine umfassende Chronologie, die Aufzählung der britischen Stadtkommandanten und der Einheiten, die in Berlin stationiert waren. Mithin ist dieses Buch auch ein Nachschlagewerk, vor allem aber von großem Wert für alle, die die Nachkriegsgeschichte Berlins und speziell des britischen Sektors nachvollziehen und verstehen wollen, warum aus Kriegsgegnern und Siegern gern gesehene und längst vermisste Freunde geworden sind.

Volker Koop

Michael J. Cohen, Strategy and Politics in the Middle East, 1954–1960. Defending the Northern Tier, London, New York: Routledge 2012, XV, 272 S., £ 24.95 [ISBN 978-0-415-62486-2]

Im Nahen Osten ging und geht es – fast – immer um Öl. Sicherung der Ölversorgung war und ist das überragende Ziel westlicher Nahostpolitik. Würde man das Öl des Nahen Ostens verlieren, hätte das schwerwiegende Folgen – für Europa, aber auch für die USA. US-Außenminister John Foster Dulles beschrieb im April 1956 die möglichen Konsequenzen folgendermaßen: »Alles, was wir durch den Marshallplan und die NATO erreicht haben, wäre dann verloren.«

Damals herrschte tiefster Kalter Krieg. Gegner auch im Nahen Osten war die Sowjetunion. Ein sowjetischer Angriff hätte über zwei Gebirge geführt werden müssen: den Taurus, der die Türkei und Syrien trennt, und den Zagros, der den Iran vom Irak trennt. Die an diesen Gebirgen angrenzenden Staaten – Irak, Iran, Pakistan, Türkei – bildeten die »nördliche Ebene«, »the Northern Tier«. Die galt es zu verteidigen.

Im Falle eines Angriffes würde den sowjetischen Truppen nur eine geringe Zahl enger Pässe zur Verfügung stehen, die, so der westliche Verteidigungsplan, durch taktische Atomwaffen unpassierbar gemacht werden sollten; den Rest sollten die Armeen der genannten Staaten übernehmen.

Die Briten hatten 1954 Ägypten aufgegeben und mangels Truppen auf taktische Luftangriffe umgestellt: mit Basen auf Zypern und im Irak. Die USA betrieben eine Luftwaffenbasis in der Türkei. Politisch fand diese Strategie 1955 ihren Ausdruck in der Gründung des Bagdad-Paktes mit Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan und der Türkei. Die USA traten dem Pakt offiziell nicht bei, investierten aber enorme Summen für den Aufbau der nationalen Armeen dieser Länder.

Auch wenn der Bagdad-Pakt damals oft mit der NATO verglichen wurde, hinkt dieser Vergleich. Eine erfolgreiche Bündnispolitik war aus zwei Gründen nicht möglich. Zum einen wegen Israel. Für die arabischen Staaten war nicht die Sowjetunion der Feind Nummer 1, sondern der 1948 gegründete jüdische Staat. Die Araber waren überzeugt davon, dass die USA Israel vorrangig unterstützten, und das wiederum, so die CIA, »ist verantwortlich dafür, dass wir Einfluss und Prestige in der arabischen Welt verloren haben«. Und von daher machte US-Präsident Eisenhower – der weniger emotionale Bindungen an den Judenstaat hatte als sein Vorgänger Truman – jetzt klar, »dass die USA unter keinen Umständen die Israelis gegenüber den Arabern bevorzugen«. Die USA distanzierten sich gleichzeitig auch von den europäischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich, die, so Dulles zu Eisenhower, »wie Mühlsteine um unseren Hals hängen«.

Zum anderen war Iraks Ministerpräsident Nuri Said Nassers Rivale in der Führung der arabischen Welt. Said war ein Mann der Briten, für Ägyptens Regierungschef Nasser daher ein »Lakai des westlichen Imperialismus«.

Dem »inneren Kern« der arabischen Staaten, vor allem Ägypten, ging es in erster Linie darum, in einem neuen Waffengang gegen Israel die Niederlage des Jahres 1948 wettzumachen, weniger darum, ein vom »imperialistischen« Westen gefördertes Verteidigungsbündnis gegen den »fernen« Feind Sowjetunion zu unterstützen.

Für einen anderen möglichen regionalen Konflikt trafen zudem die Briten Vorsorge: Im Falle eines israelischen Angriffs auf ihren Schützling und Verbündeten Jordanien würde der Plan »Alacrity« in Kraft treten. Der renommierte Historiker Michael J. Cohen von der Universität Bar-Ilan in Ramat Gan/Israel teilt Erstaunliches mit: Innerhalb von drei Tagen sollte die Royal Air Force Israels Flugplätze zerstören und dessen Luftwaffe »neutralisieren«, während die Royal Navy eine Blockade errichten und Israels Küste beschießen würde.

Mit Beginn der sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten im September 1955 und mit der Einrichtung eines gemeinsamen Militärkommandos zwischen Ägypten und Syrien im Oktober 1955, dem sich wenig später auch Jordanien anschloss, begann der Countdown für den nächsten Krieg. Die USA lehnten indes Israels Wunsch nach Waffenlieferungen ab und warnten gleichzeitig vor einem israelischen Präventivschlag. Eine Sicherheitsgarantie für Israel würde es nur bei einer allgemeinen Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Staaten mit Anerkennung der israelischen Grenzen geben. Aber die gab es eben nicht.

Wie aber würde Washington bei einer erneuten Krise reagieren? State Department und CIA plädierten seit 1954 für eine »schnelle und direkte militärische Intervention«; die Rede war von 500 000 (!!) Soldaten. Das Pentagon lehnte ab, genehmigte aber dennoch im April 1956 die Entsendung von 26 000 Soldaten – ausgerüstet mit Atomwaffen –, die bei Kriegsausbruch »in Beirut, Haifa, Tel Aviv oder Port Said« an Land gehen sollten. Gleichzeitig warnte die CIA vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff Ägyptens auf Israel und empfahl, Waffen an Israel zu liefern, mit Betonung auf »Qualität statt Quantität«, u.a. 24 kampfstarke F86 Jets.

Es gab damals sogar gemeinsame anglo-amerikanische militärische Planungen, die dann allerdings durch den Suezkrieg Ende 1956 ad absurdum geführt wurden. Eisenhower fühlte sich persönlich vom britischen Premierminister Anthony Eden hintergangen. Das Ende des Krieges bedeutete gleichzeitig das politische Ende Edens und das endgültige Ende der britischen Vormachtstellung im Nahen Osten.

Um zu verhindern, dass die Sowjetunion das so entstandene Vakuum füllen würde, plädierten die amerikanischen Militärs jetzt für einen Beitritt der USA zum Bagdad-Pakt, das hieß auch für eine Garantie der Grenzen des Irak, des einzigen arabischen Paktmitglieds. Dulles lehnte ab. Er sah bei einem solchen Schritt große Probleme mit Israel, für das der US-Senat ebenfalls eine Grenzgarantie fordern würde – mit negativen Auswirkungen auf das Verhältnis der USA zu den arabischen Staaten. Die USA traten dem Pakt nicht bei. Offenbar wurde allerdings ein verstärktes amerikanische Engagement in der Region verkündet, das am 5. Januar 1957 in die »Eisenhower-Doktrin« mündete und am 9. März 1957 vom Kongress gebilligt wurde. Die US-Administration wurde damit ermächtigt, militärisch gegen eine vom »internationalen Kommunismus« gesteuerte Aggression eines Landes im Nahen Osten vorzugehen und Wirtschafts- und Militärhilfe jenen Staaten dort zu gewähren, die bereit waren, sowjetischem Druck zu widerstehen. Das erinnerte sehr an die zehn Jahre zuvor verkündete »Truman-Doktrin«.

Als am 14. Juli 1958 General Kasim in Bagdad putschte und Nuri Said getötet wurde, gingen einen Tag später 5000 U.S.-Marines in Beirut an Land. Kurz darauf landeten britische Fallschirmjäger in Amman, wo König Hussein westliche Hilfe angefordert hatte. Es galt, Jordanien und den Libanon als prowestliche Restbastionen zu erhalten. 1959 trat der Irak dann aus dem Pakt aus, der sich in CENTO (Central Treaty Organization) umbenannte. Die USA wurden auch hier offiziell nicht Mitglied, finanzierten aber fast alles. Um das Engagement mit den Paktstaaten zu demonstrieren, erhielten deren Führer sogar eine eher seltene Einladung, an einem Atomtest in Nevada teilzunehmen.

Cohen präsentiert ein komplexes Bild des Nahostkonflikts in den 1950er Jahren mit zahlreichen neuen Erkenntnissen. Sein quellengesättigtes Buch ist zuerst 2005 erschienen. Es endete mit einem Zitat von Dulles aus dem Jahre 1958. Der hatte vor dem Nationalen Sicherheitsrat der USA auf die schwierige Situation im Nahen Osten hingewiesen und betont, es gebe keinen Ausweg, denn die Araber würden sich mit nichts Anderem als der totalen Vernichtung Israels zufrieden geben; die Lage sei »tragisch und beunruhigend«. 2012 ist die Lage immer noch beunruhigend – und wohl mit ein Grund für den Verlag, das Buch aus dem Jahr 2005 unverändert als Taschenbuch auf den Markt zu bringen.

Rolf Steininger

Blue Braun, Erinnerungen an die Marine 1956–1996, Berlin: Hartmann Miles-Verl. 2012, 468 S., EUR 29,80 [ISBN 978-3-937885-47-6]

Endlich! Nach zwei Dekaden Pause hat wieder ein Flaggoffizier der Seestreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland seine Erinnerungen vorgelegt. Damit ist das auf der 43. Historisch-Taktischen Tagung der Flotte 2003 beklagte Schweigen der aktiven, aber vor allem der ehemaligen Führungsriege der Deutschen Marine beendet. Möglicherweise hat sich der Autor, Vizeadmiral a.D. Dieter Franz »Blue« Braun, von diesem Lamento zu seinem Vorhaben ermutigen lassen.

Die Schilderung von Brauns Dienstjahren 1956 bis 1996 versteht sich nicht als Autobiografie. Der Autor beschränkt sich auf die Niederlegung von einzelnen Episoden seines Lebens – in dem Wissen, dass dies nur höchst subjektiv und lückenhaft geschehen kann. Braun habe – so Reiner Pommerin in der Vorbemerkung – auf keine Sammlung von Aufzeichnungen, Akten o.ä. zurückgreifen können, da diese nicht beizeiten angelegt worden sei (S. 7). Dies sei aber auch gar nicht nötig, da Braun als Zeitzeuge vor allem ein Bild des Inneren Gefüges der Marine der Bundeswehr der ersten dreißig Jahre zeichnen wolle – eine »Alltagsgeschichte« aus eigener Anschauung eben.

Zu diesem Zweck geht Braun in seinen Schilderungen chronologisch vor und gliedert seine Erinnerungen in vier Großkapitel, die sich an der Entwicklung seiner Karriere orientieren.

Im ersten Kapitel wird der Leser unter der Überschrift »Ausbildung zum Seeoffizier« mit der Welt der Marine im Aufbau nach 1955 und der in ihr dienenden Menschen vertraut gemacht. Er erlebt die heute teils skurril, teils allzu bekannt anmutenden Abläufe z.B. in der Schilderung der Grundausbildung. Er begleitet den Offizieranwärter Braun auf seiner ersten Seereise auf dem Schulschiff »Eider« und ist Zeuge der »Bolzen«, die an der Marineschule Mürwik gedreht wurden. Das zweite Kapitel umfasst die Dienstzeit »Leutnant bis Kapitänleutnant«, die von der Seefahrt als Wachoffizier auf einem Minensuchboot, dem ersten eigenen Kommando auf dem Torpedofangboot »Thetis«, der Ausbildung in Großbritannien und der Zeit als Lehrgangsteilnehmer an der Führungsakademie der Bundeswehr geprägt sind. Hier macht der Leser auch erste Bekanntschaft mit dem »innigen« Verhältnis, das den Autor während seiner knapp vier Jahrzehnte in der Bundeswehr mit der Wehrverwaltung und ihren Ablegern verbinden wird. Die Schilderung der ersten Jahre seit 1956 beinhaltet u.a. viele Charakterstudien von recht eigentümlichen Marineangehörigen, die heute in ihrer Individualität kaum noch vorstellbar sind und insbesondere an den höheren Lehreinrichtungen den Vergleich mit dem Panoptikum aus dem Film »Die Feuerzangenbowle« nicht zu scheuen brauchen.

Mit dem dritten Kapitel, dass sich mit seinen Erlebnissen als Stabsoffizier an Bord, beim Befehlshaber der Seestreitkräfte Nordsee, als Kommandant, aber vor allem im Flottenkommando und im Führungsstab der Marine befasst, gewährt der Autor dem Leser zunehmend Einblicke in die Abläufe und Zusammenhänge des Betriebes der Marine und der Streitkräfte. Hintergrundiges z.B. über die Entstehung der Konzeption der Marine des Jahres 1972 erfreut wahrscheinlich nicht nur den wissbegierigen Historiker. Gleicher gilt für den »Erfolg« der unter General Ulrich de Maizière tagenden »Entbürokratisierungskommission« (genauer: »Kommission des Bundesministers der Verteidigung zur Stärkung der Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in der Bundeswehr«).

Mit dem Erreichen des bereits zu Beginn des Berufslebens von Braun geäußerten Laufbahnziels – »Admiral, Herr Admiral« – beginnt das letzte Kapitel des Buches. Braun wird nach seiner Zeit als Kommandeur Zerstörerflottille und mit der Übernahme des Kommandos über das Marineamt bewusst, dass er nun auf einer Ebene tätig ist, auf der er nicht mehr alles kennen oder beherrschen kann, was in seinem unterstellten Bereich passiert. Immer größer wird aber seine Berührungsfläche mit der Wehrverwaltung und ihren Derivaten, was die Wertschätzung des Autors für diese Einrichtung kaum erhöhte.

Braun berichtet von marinegeschichtlich bedeutenden Inhalten, wie z.B. den Abläufen bei der Entstehung der »Sylter Flotte« (Braun war damals Chef des Stabes

im Führungsstab der Marine) oder vom ersten scharfen Einsatz der Deutschen Marine im Mittelmeer und später im Persischen Golf, den er als Befehlshaber der Flotte führte. Dazu vermittelt der Autor Einblicke in die bürokratisierte Fürsorge des Dienstherren für seine Soldaten: etwa wenn er erwähnt, wie parteipolitische Notwendigkeiten die Unterschrift unter einen an sich einsatznotwendigen Stationierungsvertrag mit einem arabischen Emirat verhinderten. Er zeigt aber auch immer wieder auf, wie »die Truppe« ihren Auftrag trotzdem irgendwie erfüllt. Er schließt seine Ausführungen mit dem Rückblick auf seine Dienstzeit in Großbritannien, u.a. als letzter Deputy CINCHAN (Commander in Chief Channel). Braun sieht sich in dieser Funktion auch als letzter Nachfolger von Horatio Nelson, der diesen Dienstposten ab 1801 innegehabt hatte.

In all seinen Auslassungen bleibt Braun seinem selbst gesteckten Ziel treu – er verfasst keine Autobiografie. Braun schildert seine subjektive Sicht. Er beschreibt Menschen, die ihm begegnet sind – er treibt Charakterstudien. Zudem gewährt er Einblick in Entwicklungen, die so allein durch Aktenstudium kaum nachvollziehbar wären. Frei von theoriegeleiteten Zwängen zur Analyse oder Synthese stellt Braun sich und den eigenen Standpunkt in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Seine unmittelbaren Erlebnisse werden hier mit einem Augenzwinkern dargelegt. Er beschönigt nichts, ist aber auch nicht unparteiisch. Seine unterhaltsamen Ausführungen heben sich positiv von früheren Erinnerungen anderer Flaggoffiziere ab. Anders als es die Admirale Ruge oder Peter taten, liefert Braun keine weit-schweifigen Exkurse oder tiefgründigen Erklärungen für sicherheitspolitische Zusammenhänge und Notwendigkeiten. Auch verzichtet er darauf, sich für etwas zu rechtfertigen, wie es Admiral Johannesson noch tun zu müssen glaubte. Brauns Erinnerungen sind schließlich auch keine Schmählingsche Anklageschrift gegen die in der Bundeswehr obwaltenden Zustände. Diese Erinnerungen sind vielmehr die »höchst persönlichen« Ansichten eines Marineoffiziers zu den Ereignissen, die ihm in 40 aktiven Dienstjahren untergekommen sind.

Für den Historiker ist dieses Buch eine Fundgrube an Detail- und Hintergrund-informationen. Es enthält zahlreiche Denkanstöße und zeichnet ein Bild der Deutschen Marine von den Anfangstagen, über die historische Wasserscheide der Jahre 1989/90 hinaus bis zu ihren Anfängen als Expeditionary Navy. Ungewöhnlich ist Brauns Ansatz, die Namen der vorkommenden Personen durchgängig nicht auszuschreiben, sondern sie mit einem Großbuchstaben zu markieren. Die Entschlüsselung der sich hinter den Abkürzungen verbargenden Personen kann für den marinenahen Leser eine interessante, ja unterhaltsame Denkaufgabe sein. Für den durchschnittlichen Leser ist diese Verschlüsselung eine Hürde, die ihm den Zugang zum Inhalt des Buches erschwert. Schließlich wird die Qualität der Buchbindung den Leser bald mit einem aufgelösten Stapel Einzelblätter zurücklassen. Dann wird auch das heute wohl unvermeidlich fehlende Schlusslektorat nicht mehr auffallen. Diese wenigen Punkte schmälern leider etwas den sehr positiven Gesamteindruck des Buches.

Rüdiger Schiel

Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Hrsg. von Rudolf Boch und Rainer Karlsch, Berlin: Links 2011
Bd 1: Studien, XVI, 699 S., EUR 39,90 [ISBN 978-3-86153-653-6]; Bd 2: Dokumente, 387 S., EUR 34,90 [ISBN 978-3-86153-654-3]

Im Oktober 2011 erschien im Christoph Links Verlag das zweibändige Werk »Uranbergbau im Kalten Krieg – Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex«. Wer sich in den Publikationen des Verlages auskennt, mag sich fragen, ob nicht bereits alles über den Uranbergbau in der DDR geschrieben sei, hat doch Rainer Karlsch mit seinen Büchern »Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53« (1993), »Urangeheimnis« (2001 mit Zbynek Zeman) oder »Uran für Moskau« (2007) bereits viele wichtige Analysen zum Uranbergbau in der DDR bzw. im Erzgebirge hier veröffentlicht. Ist also wirklich Neues in den beiden Bänden zu erwarten?

Die Frage ist ganz eindeutig mit »Ja« zu beantworten. Das trifft vor allem deshalb zu, weil die Beiträge des Textbandes bislang unzugängliche Quellen aus russischen Archiven auswerten. Mitte 2008 entstand im Bereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Technischen Universität Chemnitz eine Studiengruppe aus deutschen und russischen Historikern, deren Einzeluntersuchungen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der Technischen Universität Chemnitz, der Gerda Henkel Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Wismut GmbH gefördert wurden. Im Ergebnis entstanden der Studienband »Uranbergbau im Kalten Krieg« mit 13 Beiträgen sowie ein 400-seitiger Dokumentenband. Fürwahr – eine gelungene Kooperation.

Der Studienband ist nicht nur wegen seines Umfanges gewichtig. Auf 700 Seiten widmen sich deutsche und russische Historiker, Kultur- und Sozialwissenschaftler einem breiten Fächer von Themen. Es werden zwei große Komplexe behandelt: der Stellenwert des Uranbergbaus in Politik und Wirtschaft und folgend Aspekte der Sozial- und Alltagsgeschichte der »Wismut«. Die Herausgeber stellen den Beiträgen eine Analyse zum Forschungsstand und neuesten geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen zum Uranbergbau der Wismut AG voran. Sie verweisen darauf, dass erst nach 1990 die Geschichte der Uranförderung schrittweise erforscht werden konnte, weil es der DDR gelang, diesen »Staat im Staate« so abzuschirmen, dass kaum etwas über den Uranbergbau nach außen drang. Die ersten Überblicksdarstellungen basierten vor allem auf ostdeutschen Quellen, da die sowjetischen auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks weiterhin unter Verschluss blieben. Bald fanden immer mehr Zeitzeugen mit ihren Schilderungen den Weg in die Öffentlichkeit. Zahlreiche Fragen jedoch blieben offen und es erwies sich als sinnstiftend, die dominierende Innensicht auf die Wismut AG aufzubrechen und die Geschichte der Wismut AG komparatistisch zu analysieren. Die Publikation von Karlsch und Zeman verglich dann auch die ostdeutsche und die tschechische Uranförderung und gab neue Einblicke in die sowjetischen Absichten. Neben den oben genannten grundsätzlichen Arbeiten beleuchteten in der näheren Vergangenheit immer mehr Untersuchungen sozial-, alltags- und kulturgeschichtliche Aspekte des Uranbergbaus im Erzgebirge und hier legt auch das vorliegende Werk einen seiner Schwerpunkte.

Die folgenden Beiträge des Bandes widmen sich vor allem Themenfeldern, die bislang kaum oder erst in Ansätzen analysiert worden sind. Unter militärhistorischem Aspekt ist der Aufsatz von *Wladimir W. Sacharow* von besonderem Interesse. Er basiert auf neu erschlossenen sowjetischen Akten und widmet sich der

Stellung der SAG/SDAG Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Sacharow ordnet die Aktivitäten im Erzgebirge in die sowjetischen Bemühungen zur Uranförderung seit 1942 ein und verdeutlicht, wie schnell die Wismut im Vergleich zur eigenen sowjetischen Förderung, aber auch zu den gleichzeitigen Lieferungen aus der Tschechoslowakei, Bulgarien und Polen zum Hauptproduzenten des sowjetischen militärischen Atomkomplexes wurde. Ohne die Wismut AG hätte es wohl 1949 keine sowjetische Atombombe und fortan nicht die rasche Ausrüstung des sowjetischen Militärs mit Nuklearwaffen gegeben. Bis weit in die 1960er Jahre kam fast die Hälfte des von der Sowjetunion importierten Uranerzes aus der DDR. Ostdeutsches Uran war zudem für die Sowjetunion besonders billig, weil es anfangs über das Reparationskonto abgerechnet und später zwischen der UdSSR und der DDR sehr niedrige Preise für das Uran festgelegt wurden. Die hohen Förderkosten der seit 1954 als sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) firmierenden »Wismut« zahlte damit zum erheblichen Teil die DDR durch ihre staatlichen Stützungen von jährlich bis zu 750 Millionen DDR-Mark (S. 68).

Sodann vergleicht *Rainer Karlsch* die Rahmenbedingungen der Urangewinnung in Ost und West. Auch die USA waren in der Hochphase der atomaren Rüstung im Kalten Krieg von Zulieferungen speziell aus Belgisch-Kongo und Südafrika abhängig. Der Uranabbau wurde staatlich gelenkt und die Nehmerländer stützten zugleich die repressiven politischen Systeme ihrer Zulieferer. Hinzu kamen bald auch Uranförderprojekte in Kanada und den USA. Karlsch zieht immer wieder interessante Vergleiche zwischen der westlichen und der östlichen Uranförderung und findet manche Parallelen, so die gewaltige staatliche Einflussnahme bis in die 1970er Jahre hinein, aber auch die Probleme mit dem Gesundheitsschutz, die sozialen und Alltagsprobleme der Bergarbeiter oder den späten Umweltschutz. Ausführungen zum sowjetischen Wettlauf um die Schließung der »Uran-Lücke«, das GULag-System bei der Uranförderung im eigenen Land und der Vergleich mit der Wismut-AG bergen zudem viel Interessantes und Neues.

Nicht weniger informativ beschreibt *Gerhard Barkleit* das direkte und indirekte Sicherheitssystem um die Wismut-AG. Anfänglich liefen der tschechische wie der ostdeutsche Uranabbau Gefahr, auch in das sowjetisch praktizierte GULag-System integriert zu werden, in der SBZ allerdings verhinderte gewerkschaftliches Engagement ein »Workuta« (S. 166). Das rigorose Interesse an der Sicherheit und an der Geheimhaltung bestimmte sowohl in der SAG als auch in der SDAG den Alltag der Bergleute. Barkleit berichtet von den Aufgaben der Inneren Truppen des KGB, der Deutschen Grenzpolizei, von Spezialeinheiten der Volkspolizei und vom Betriebsschutz bei der Absicherung des Uran-Bergbaus und natürlich von der intensiven Durchdringung dieses Sicherheitsbereiches durch Spitzel des MfS. Spannend sind die Berichte über besondere Vorkommnisse, so in Saalfeld 1951 oder während des Volksaufstandes 1953, über Havarien und von Delikten innerhalb des Wismut-Gebietes. Dem Beitrag hängt eine Liste jener Bergleute an, die zwischen 1950 und 1953 Opfer des Sicherheitswahns wurden und als Spione und Verräter in Moskau erschossen wurden.

Burghard Ciesla nimmt sich eines weiteren Machtzentrums innerhalb der SDAG Wismut – der SED-Parteiorganisation – an. Wegen der politischen Wichtigkeit der Uranförderung wollte die SED gegenüber den Arbeitern nicht nur ihre »führende Rolle« ausüben und die Kontrolle behalten. Sie wollte mitbestimmen, steuern und die Förderung nach oben treiben – ganz im staatlichen Interesse. Die Parteiorganisation der Wismut-AG besaß somit auch innerhalb der SED-Parteihierarchie eine

bedeutende Stellung und wirkte fast wie eine 16. Bezirksverwaltung. Ciesla versorgt den Leser nutzerfreundlich im Anhang am Ende des Beitrages mit Übersichten zu den Strukturen der SED-Gebietsparteiorganisation und der Mitgliederentwicklung inklusive der führenden SED-Funktionäre.

Es folgt der Aufsatz von *Manuel Schramm* über den Strahlenschutz und den Umgang mit den Strahlungsrisiken. Schramm macht deutlich, wie sehr die Produktion von waffenfähigem Uran für die UdSSR Vorrang vor der Gesundheit der Bergarbeiter und der Bevölkerung in der DDR hatte. Bewusst wurden Risiken heruntergespielt, Katastrophen vertuscht und kritische Erkenntnisse geheimgehalten. Lobend ist zu erwähnen, dass auch in diesem Beitrag methodisch anspruchsvoll der vergleichende Blick auf die Uranförderung, den Strahlen- und Umweltschutz im Altbundesgebiet gewagt wird. Nicht minder wertvoll sind die folgenden Beiträge zur Suche von strategisch wichtigen Metallen durch Freiberger Geowissenschaftler in den 1940er Jahren und über die den Rückbau und die Sanierung des Wismut-Gebietes begleitende Kontroverse durch *Frieder Jentsch* und *Michael Meissner*.

Der zweite, fast ebenso seitenreiche Teil der Analyse beschäftigt sich mit der Sozial- und Alltagsgeschichte. Die Beiträge über die Ausgestaltung des betrieblichen Sozialpolitik und die Soziografie der Wismut-Belegschaft von *Juliane Schütterle*, das Alltagsleben der sowjetischen Spezialisten von *Tatiana Timofeewa*, die Arbeit der Frauen in den Bergbaukreisen von *Elke Scherstjanoi* sowie die Analysen der Versuche zur Identitätsstiftung durch Kultur und Sport im Wismut-Bereich über Kultur für die Bergleute durch *Annette Spreitz* und die anfänglich so erfolgreiche Fußballmannschaft Wismut Aue von *Paul Werner Wagner* beinhalten genauso viel Lesenswertes und Interessantes wie die näher besprochenen Beiträge, sollen an dieser Stelle jedoch wegen ihrer geringeren militärgeschichtlichen Relevanz nur erwähnt werden. Der Band enthält außerdem nutzerfreundlich ein Abkürzungsverzeichnis, einen Bildnachweis, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Orts- und ein Personenregister sowie Angaben über die Autorinnen und Autoren des Bandes.

Im Dokumentenband stellen die Autoren und Herausgeber der Forschung und dem interessierten Laien Abschriften von aussagekräftigen Dokumenten aus der Zeit der Wismut AG (1947–1953) und der SDAG Wismut (1954–1991) zur Verfügung. Ein Teil davon sind die wichtigsten sowjetischen Dokumente aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation, der Abteilung der Archivfonds der Staatlichen Korporation der Atomenergie oder dem Russischen Staatlichen Militärarchiv. Die beeindruckende Dokumentation, die sich entsprechend der Untersuchungsgegenstände im Textband strukturiert, wird durch Aktenstücke aus dem deutschen Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, sächsischen Archiven, dem Unternehmensarchiv der Wismut GmbH in Chemnitz und privaten Dokumenten ergänzt. Damit ist eine wahre Fundgrube zur Uransuche, sowie zur Vorgeschichte und Geschichte der »Wismut« entstanden. Viele Aktenstücke lesen sich äußerst spannend, erzählen sie doch die Geschichte von Arbeiterrekrutierung, Arbeitsalltag unter Tage, Gesundheitsgefährdung und Leben der Kumpel. So erfährt man über die vielen Betriebsunfälle besonders in den 1950er Jahren oder immer wieder vorkommende Überschwemmungen der Umgebung mit kontaminiertem Wasser. Oft, so verdeutlichen die Schriftsätze, schien es den staatlichen Stellen bei Umweltschäden das Wichtigste zu sein, dass die Bevölkerung nicht beunruhigt wurde.

Insgesamt ist ein beeindruckendes Werk zur SAG/SDAG Wismut und zur Uranförderung überhaupt entstanden, das viele Forschungslücken schließt, sehr lesens-

wert und informativ ist und die anfangs gestellte Frage selbst beantwortet: Ja, die beiden Bände enthalten viel Neues und Wissenswertes zur Uranförderung.

Torsten Diedrich

Olaf Kersten [u.a.], Garnisonen der NVA und GSTD. Zur Nutzung der militärischen Standorte von 1871 bis 2010, Berlin: Köster 2011, 400 S. (= Forum Moderne Militärgeschichte, 3), EUR 27,80 [ISBN 978-3-89574-750-2]

Hans-Georg Löffler und Jürgen Schlemm, NVA und GSSD in der Stadt und Region Torgau 1945–1994, Mainz: Verlag Regionale Garnisons- und Militärgeschichte 2011, 139 S., EUR 15,00

Garnison- und Standortgeschichten haben derzeit offenbar Konjunktur. Verfasser sind oft sachkundige ehemalige Soldaten, die sich als Hobbyhistoriker betätigen und mit ihren militärlistorischen Forschungen zur Darstellung der Geschichte ihrer Stadt oder ihrer Region beitragen wollen. Auch die vier Autoren des vorliegenden Bandes über das Militär in Ostdeutschland sind keine »Profis«. Sie waren in der DDR Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) oder der Deutschen Volkspolizei, haben sich jedoch nach der »Wende« verschiedentlich intensiver mit militärgeschichtlichen Fragen befasst. Ihren militärischen Sachverstand ließen sie nunmehr in eine bemerkenswerte Publikation einfließen. Deren Besonderheit ist, dass es nicht um die Geschichte *einer* Garnison geht, sondern um die Auflistung möglichst *aller* Garnisonen der NVA und der sowjetischen (russischen) Streitkräfte in der DDR sowie um eine Gesamtdarstellung der militärischen Nutzung dieser Standorte zwischen 1871 und 2010. Der Leser erhält damit sogar mehr Informationen als der Haupttitel des Bandes verspricht. So ist beispielsweise über die thüringische Stadt Mühlhausen zu erfahren, dass dort unter anderen im 19. Jahrhundert das Thüringische Ulanenregiment Nr. 6 und während der Reichswehrzeit kurzzeitig eine Kraftfahrtabteilung stationiert waren. Unter der Ägide der Wehrmacht wurden eine Infanterie- und eine Artillerie-Kaserne neu errichtet. Nach 1945 befanden sich ein Aufklärungsbataillon sowie eine Fla-Raketenabteilung der sowjetischen Truppen in der Stadt. NVA und Grenztruppen der DDR waren seit den 1950er Jahren unter anderen mit dem Mot.-Schützenregiment »Thomas Müntzer« und dem Grenzregiment »Eugen Leviné« vertreten. Heute ist Mühlhausen Standort des Artillerieregiments 100 der Bundeswehr, dessen Stab in der Görmars-Kaserne untergebracht ist, die im Buch fälschlicherweise als Görmars-Kaserne bezeichnet wird (S. 269). Auch in manch andere Standortbeschreibungen haben sich kleinere Fehler eingeschlichen (zum Beispiel Rudolf Engelhofer statt Rudolf Egelhofer, S. 219), die bei einer Nachauflage akribisch korrigiert werden sollten.

Der ansonsten sehr informative aber auch sehr kompakte Faktenteil über die etwa 600 ostdeutschen Standorte, die in alphabetischer Reihenfolge von Abtshagen (Mecklenburg) bis Zwickau (Sachsen) angeordnet sind, wird von einer Einleitung über die historische Entwicklung vom »Bürgerquartier zur Kaserne 2000« (S. 3), zahlreichen Gliederungsstrukturen der deutschen Streitkräfte sowie einem kleinen Anlagenteil eingerahmt. Unbedingt hervorhebenswert ist die CD-Rom, die zu dem nahezu illustrationsfreien Buch gehört. Sie enthält historisches und aktuelles Bild- und Kartenmaterial, das man sich auch trefflich im Buch hätte vorstellen können. Insgesamt wurde das selbst gesteckte Ziel der Autoren, dem Leser mit

dem Band »ein Find- und Hilfsmittel für die weitere Aufarbeitung der Geschichte« (S. 6) an die Hand zu geben, erfüllt. Für ihre außerordentliche Fleißarbeit sowie für die weitgehend wertfreie Darstellung ist den Autoren fraglos Respekt zu zollen. Es hätte freilich nicht die Leistung der Autoren geschmäler, wenn diese in ihrem Buch souverän vermerkt hätten, dass es im Internet bereits seit einigen Jahren frei abrufbare Standortdatenbanken für die NVA und auch die sowjetischen (russischen) Streitkräfte gibt. Eine davon ist die Standortdatenbank des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam (www.mgfa.de), die allein mit mehr als 3000 Daten-Einträgen aufwarten kann. Im vorliegenden Band findet man dazu nicht einmal einen Hinweis im Quellenverzeichnis.

Eine gut illustrierte Standortgeschichte im eher klassischen Sinn haben Hans-Georg Löffler und Jürgen Schlemm mit ihrer Broschüre über die Stadt und die Region Torgau (Sachsen) vorgelegt. Sie widmen sich darin nicht nur dem ostdeutschen Militär in Gestalt der Nationalen Volksarmee und ihrer Vorläufer bis 1990, sondern auch den in Torgau und im Umland ehemals stationierten sowjetischen (russischen) Truppen. Die Autoren, beide ehemalige Angehörige der NVA, komplettieren mit ihrem Blick auf die Zeit von 1945 bis 1994 die Darstellung der militärgeschichtlichen Entwicklung der Garnisonstadt Torgau, die in den bisher vorliegenden Publikationen mit dem Jahr 1945 endete. In ihrer Einleitung verweisen sie nur kurz auf einige Aspekte der früheren Militärgeschichte Torgaus. Ein kompakter Rückblick auf die Garnisongeschichte seit dem 19. Jahrhundert als »Vorspann« zu den eigenen Forschungen hätte jedoch Kontinuitäten und Brüche verdeutlichen können und dem Leser geholfen, manche Standortentscheidung der Militärs nach 1945 besser zu verstehen.

Unmittelbar nach dem Krieg waren in Torgau vor allem verschiedene sowjetische Brücken- und Straßenbaubataillone stationiert. Nur am Rande erfährt der Leser, dass von 1945 bis zum Oktober 1948 in Torgau zwei sowjetische Speziallager existierten. Die Autoren schreiben dazu lapidar, dass »auf Weisung des Alliierten Kontrollrates [...] einige militärische Liegenschaften in Deutschland als Internierungslager genutzt werden« mussten, so auch in Torgau (S. 6). Welche Aufgaben diese Lager hatten und wer dort einsaß, darüber erfährt der Leser nichts. 1948 wird dann Dommitzsch, ein kleines Städtchen in der Nähe von Torgau, Standort für die Aufstellung erster militärähnlicher Formationen der ostdeutschen Polizei. Die dort, wenn auch nur für kurze Zeit, untergebrachte kasernierte Volkspolizei-Bereitschaft war Teil der von der SED und der UdSSR gesteuerten militärischen Aufrüstung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. In Torgau selbst befand sich 1949/50 mit der Politschule zudem zeitweise eine der wichtigsten Kaderschmieden des jungen DDR-Militärs. Später war in der Stadt unter anderen die Artillerieschule der Kasernierten Volkspolizei (KVP) untergebracht. 1956 endete vorerst der Aufenthalt ostdeutscher Linieneinheiten und Militärschulen in Torgau, da sowjetische Truppenteile Liegenschaften in der Stadt beanspruchten. In der Umgebung entstanden jedoch nach Gründung der DDR-Volksarmee das Munitionslager des Militärbezirkes Leipzig in Mockrehna sowie auch das Zentrale Munitionslager der NVA in Vogelgesang. Aus der KVP-Zeit weitergeführt wurde der Schießplatz Annaburg, der sich in den folgenden Jahren zu einem der bedeutendsten Truppenübungsplätze der ostdeutschen Streitkräfte entwickelte. Vor allem in den 1970er und 1980er Jahren zeigte die NVA dann wieder stärkere Präsenz in der Torgauer Region. Zu nennen wäre hier die Stationierung eines sogenannten Ingenieurbau-Regimentes (Neiden), dessen Angehörige vorwiegend Bunkeranlagen aber auch

Wohnsiedlungen für die NVA errichteten, einer Geschosswerferabteilung (Züllsdorf) oder eines »Bataillons Materielle Sicherstellung« (Züllsdorf) für Logistikaufgaben. Dazu gehörten aber auch die Instandsetzungsbasis für Munition (Vogelgesang), die bis zu ihrer Übergabe an die Bundeswehr 1990 die modernste und größte Anlage ihrer Art im Warschauer Pakt gewesen sein soll, sowie die Baueinheit 13 (Züllsdorf), in der von 1983 bis 1989/90 Waffendienstverweigerer der NVA als Bau-soldaten dienen mussten.

Wird der Munitionsbetrieb relativ ausführlich beschrieben, widmen die Autoren der Baueinheit nur ganze neun Zeilen. Mitunter informativer trotz oder gerade wegen der komplizierter Quellenlage ist dagegen der Überblick zu den knapp zehn Truppenteilen, Einheiten und Dienststellen der sowjetischen (russischen) Streitkräfte in und um Torgau. Hier haben die Autoren einige interessante Fakten und seltenes Bildmaterial zusammengetragen und mit allgemeinen Aussagen vermischt. Eingegangen wird unter anderen auf die Struktur und die Aufgaben der 82. Funktechnischen Brigade, die zum Frühwarnsystem des Warschauer Paktes gehörte, auf das 31. Garde-Jagdfliegerregiment, dessen Jagdflugzeuge vom Typ MiG-23 und MiG-29 auf dem Flugplatz Falkenberg-Lönnewitz stationiert waren, und auf den Luft-Boden-Schießplatz (»Bombodrom«) Belgern.

Wie aber bereits beim NVA-Teil der Broschüre erfährt der Leser leider auch hier nur sehr wenig über die Integration oder Nichtintegration des Militärs in die Stadt und die Region. Ebenso wenig beleuchtet werden konkrete Probleme und Schwierigkeiten des Zusammenlebens, der Alltag und das reale Leben der Soldaten in den Kasernen. Dennoch: Die Autoren haben mit ihrer Arbeit einen ersten wichtigen Beitrag zur Erforschung und Darstellung der Militärgeschichte der alten Garnisonstadt Torgau und der dazugehörigen Region für die Zeit nach 1945 geleistet. Damit bieten sie örtlichen und regionalen Geschichts- und Heimatvereinen sowie Museen eine Grundlage für die weitere historische Erforschung ihrer Heimat. Freilich sollte dann aber stärker auf eine kritische Distanz zum Untersuchungsgegenstand geachtet werden, die man in der vorliegenden Publikation noch vermisst.

Rüdiger Wenzke

Fritz Minow, Die NVA und Volksmarine in den Vereinten Streitkräften. Geheimnisse der Warschauer Vertragsorganisation, Friedland: Steffen 2011, 472 S., EUR 19,95 [ISBN 978-3-942477-07-9]

Ralph-Ingo Unger, Grenzbrigade Küste. Der seeseitige Schutz der DDR, Berlin: Militärverlag 2011, 223 S., EUR 14,95 [ISBN 978-3-360-02707-8]

Die historiografische Erforschung der Warschauer Vertragsorganisation, allgemein »Warschauer Pakt« genannt, konnte in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte verzeichnen, obwohl die einschlägigen russischen Archive nach wie vor verschlossen sind. Neue Erkenntnisse zur Geschichte und Entwicklung der ehemaligen sozialistischen Militärkoalition finden sich nicht nur in verschiedenen in- und ausländischen wissenschaftlichen Publikationen. Wichtige Dokumente des Paktes können inzwischen auch im Internet nachgelesen werden. Dennoch bleiben bis heute viele Fragen zum Warschauer Vertrag offen.

Erstmals hat nunmehr ein ehemaliger Angehöriger der DDR-Volksarmee den Versuch unternommen, sich in einer wissenschaftlichen Monografie mit der War-

schauer Vertragsorganisation und der Rolle der Nationalen Volksarmee (NVA) in diesem Bündnis umfassend auseinanderzusetzen. Der frühere DDR-Marineoffizier Fritz Minow, der bereits in der Vergangenheit mit historischen Arbeiten über die DDR-Volksmarine hervorgetreten ist, hat deutsche und russische Akten akribisch ausgewertet, Fachliteratur gelesen, Zeitzeugen befragt und auch persönliche Erkenntnisse und Erfahrungen einfließen lassen, die er während seines militärischen Dienstes im Stab der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages in Moskau von 1969 bis 1974 und danach im Stab der DDR-Volksmarine gewinnen konnte. Herausgekommen ist ein fachkundig geschriebenes Werk, dessen Haupttitel zwar etwas holprig klingt, das jedoch inhaltlich mit einem hohen Informationswert und großer Sachlichkeit punkten kann.

In den ersten beiden Kapiteln wendet sich der Autor der Entstehung und Funktion des Warschauer Paktes sowie dessen Strukturen und militärischen Organen zu. Ausführlich und strikt an Dokumente orientiert schildert Fritz Minow – stets mit Blick auf die DDR und die NVA – unter anderem den Abschluss des Vertrages 1955 in Warschau und die ersten Zusammenkünfte der Führungen der Mitgliedstaaten, Initiativen der DDR zur Verbesserung der Funktion des Bündnisses in den 1960er Jahren und schließlich die Einführung der neuen Militärdoktrin 1987. Bekanntes wird hier, wie auch in den folgenden Kapiteln, mit neuen Fakten und Sichtweisen verknüpft. Das gilt auch für die Ausführungen des Autors zu den einzelnen Organisationselementen des Bündnisses, unter denen sich auch ein Abschnitt zum Haushaltsplan des Vereinten Kommandos befindet.

Ungewöhnlich ist freilich der jeweils neu beginnende chronologische Aufbau der einzelnen Kapitel, der den Lesefluss im Band immer wieder unterbricht und Redundanzen befördert. Dies betrifft im Wesentlichen auch die nächsten vier Kapitel, die sich mit der Einbindung der NVA in die Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages befassen. Dabei geht es um militärische Planungen für den Kriegsfall, die Vorbereitung des DDR-Territoriums als Kriegsschauplatz, Fragen der Mobilmachung sowie um die Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien. Eine Stärke des Autors zeigt sich in diesem Kontext zweifellos in der detaillierten Beschreibung und Analyse der für den Pakt und die NVA relevanten Manöver und Übungen. So verweist er besonders auf den Stellenwert der sowjetischen Manöverserie »SAPAD« (»Westen«), die in der hiesigen Forschung bisher kaum untersucht wurde. »Ihre Erkenntnisse waren richtungsweisend für die operative Planung. Sie wurden sowohl in den VSK [Vereinten Streitkräften] als auch vor der Öffentlichkeit streng geheim gehalten, waren nicht im Plan der gemeinsamen Maßnahmen der VSK enthalten und sind noch bis heute weitestgehend unbekannt« (S. 198). Die NVA-Führung wurde 1963 erstmals in ein Kriegsspiel der »SAPAD«-Serie einbezogen.

Fritz Minow gelingt es auch in den letzten drei Kapiteln seines Buches, den Leser mit einer genauen Dokumentenauswertung und großer Fachkenntnis zu beeindrucken. Nach einer relativ kurzen Darstellung der Rolle und Entwicklung der sowjetischen Truppen in der DDR beschreibt der Autor den Aufbau und die Gense des ostdeutschen Marine zu modernen Seestreitkräften sowie ihre Aufgaben im Rahmen der Vereinten Ostseeflotte des Paktes. Der Band endet mit einem Anhang, der aus einigen faksimilierten Dokumenten und einer Zusammenstellung der rund 170 Manöver und Übungen der Vereinten Streitkräfte in der »Westrichtung« für den Zeitraum vom Juni 1956 bis zum August 1990 (S. 394–397) besteht. Zahlreiche Fotos, darunter viele Erstveröffentlichungen, ergänzen den Text.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Wer sich künftig mit Fragen der Einbindung der NVA in den Warschauer Pakt oder mit militärischen Problemen des bis 1991 bestehenden, sowjetisch dominierten sozialistischen Militärbündnisses beschäftigen will, ist gut beraten, die überaus informative und zudem wohltuend sachliche Arbeit von Fritz Minow im Bücherregal stehen zu haben.

Während Minows Buch für die wissenschaftliche Arbeit empfohlen werden kann und der Militärreihe des Friedländer Steffen Verlages alle Ehre macht, verhält es sich mit der vorliegenden Publikation aus dem Berliner Militärverlag leider ganz anders. Zwar war auch hier ein »Insider« am Werke – der Autor Ralph-Ingo Unger gehörte von 1970 bis 1990 den Grenztruppen der DDR an und brachte es dort bis zum Korvettenkapitän –, jedoch gelingt es diesem nicht, dem Leser ein informatives Bild über den Gegenstand des Buches, hier die Grenzbrigade Küste, zu vermitteln. Dies ist umso bedauerlicher, da kenntnisreiche Darstellungen über diesen spezifischen Teil der DDR-Grenztruppen tatsächlich fehlen und dadurch bis heute ein großer Informationsbedarf besteht.

Die 6. Grenzbrigade Küste hatte seit ihrer Bildung im November 1961 die Aufgabe, die Küste der DDR sowohl seeseitig als auch landseitig zu sichern. Dies erfolgte durch Schiffe und Boote sowie durch bewaffnete Posten, Beobachtungstürme und Grenzsperranlagen an Land. Insgesamt zählte sie rund 2500 Mann. Strukturell gehörte die Brigade zu den Grenztruppen der DDR, operativ war sie dem Chef der Volksmarine unterstellt. Sie war ein Teil des unmenschlichen DDR-Grenzregimes.

Wer nun erwartet hat, in Ungers Buch dazu oder zur Ausbildung, zur Erziehung, zum Einsatz, zum Personal, zum Alltag oder zu den Dienst- und Lebensbedingungen der Angehörigen der Grenzbrigade irgendetwas Konkretes oder gar Neues zu erfahren, wird enttäuscht. Denn von den rund 200 Seiten des Buches befassten sich nur relativ wenige Seiten wirklich mit der Grenzbrigade, ihrer Geschichte und Entwicklung. Stattdessen rekapituliert der Autor in einer eigenwilligen Sicht die allgemein bekannte Geschichte der Grenzpolizei bis 1961 und versucht sich zudem über vierzig Seiten hinweg an einer pseudohistorischen Abhandlung über den Kalten Krieg und die »militärische Bedrohung der DDR«. Darin finden sich dann solche Aussagen, dass das Ende des Kalten Krieges nur eine Lebenslüge des Westens sei, denn der Kalte Krieg gehe »gegen Volksgruppen und bestimmte Staaten unvermindert« weiter (S. 53).

Der zweite Teil der Publikation enthält verschiedene Zusammenstellungen. Hier werden dem Leser Angaben zur Dislozierung der Einheiten der Grenzbrigade, freilich nur aus den 1980er Jahren, Aufstellungen von Schiffen und Booten und deren Einsatzorten und eine Zeittafel angeboten. Der sich daran anschließende Anhang ist dann so dilettantisch zusammengestellt wie das ganze Buch geschrieben ist. So soll ein bereits anderorts veröffentlichter Beitrag des letzten Chefs der NVA-Truppenluftabwehr [sic!], der rein gar nichts mit der Grenzbrigade Küste zu tun hatte, im vorliegenden Band »exemplarisch für die Abwicklung der DDR-Streitkräfte« (S. 171) stehen.

Letztlich ist es schade, dass ein wichtiges Thema der DDR-Militärgeschichte so unprofessionell dargestellt wurde. Noch unverständlicher ist es aber, dass der Verlag das Buch in dieser Form veröffentlicht hat.

Rüdiger Wenzke

Ralph Kaschka, Auf dem falschen Gleis. Infrastrukturpolitik und -entwicklung der DDR am Beispiel der Deutschen Reichsbahn 1949–1989, Frankfurt a.M. [u.a.]: Campus 2011, 374 S. (= Deutsches Museum. Beiträge zur Historischen Verkehrsforschung, 13), EUR 39,90 [ISBN 978-3-593-39488-6]

Ein funktionierendes Verkehrswesen war schon in der Antike ein wesentlicher Faktor für ein florierendes Gemeinwesen – sowohl für Wirtschaft, Politik, Gesellschaft als auch für das Militär. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Eisenbahn als vernetztes Verkehrsmittel zum Katalysator der industriellen Revolution; in den Kriegen zeigte sich die überragende strategische Bedeutung des Schienennetzes, die auch in den beiden Weltkriegen trotz der zunehmenden, massenhaften Verbreitung von Kraftfahrzeugen zu beobachten ist. Angesichts dieser Bedeutung ist es nicht überraschend, dass sich schnell ein staatliches Interesse an Funktion und Kontrolle des Eisenbahnwesens entwickelte. Nach der Reichseinigung 1871 entstanden in verschiedenen Bundesstaaten staatliche Länderbahnen, die nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich übertragen und 1924 in der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu einem Unternehmen, das den größten Teil des deutschen Eisenbahnverkehrs beherrschte, zusammengefasst wurden. Nach 1945 entstanden bei der Spaltung Deutschlands mit der Deutschen Bundesbahn (DB) im Westen und der Deutschen Reichsbahn (DR) im Osten zwei staatliche Eisenbahnunternehmen.

In der SED-Diktatur hatte das Eisenbahnwesen auch wegen der geringen Motorisierung der Bevölkerung einen enormen Stellenwert in Wirtschaft und Verkehr. Im Rahmen der Verstaatlichung übernahm die DR fast alle privat wirtschaftenden Bahnunternehmen. Doch trotz der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung vernachlässigte die DDR das Eisenbahnwesen und tat sich schwer, das Streckennetz wiederherzustellen, zu erhalten und zu elektrifizieren. Grund genug dafür, dass sich eine wissenschaftliche Studie mit dieser Frage auseinandersetzt.

Seit einigen Jahren booms die deutsche Verkehrsforschung, angeregt durch die Forschungen des Deutschen Museums. Als 13. Band der Reihe im Campus-Verlag ist nun Ralph Kaschkas Buch: »Auf dem falschen Gleis« erschienen. Es schließt eine Lücke nicht nur in der Geschichte des deutschen Verkehrswesens, gab es doch noch keine wissenschaftliche Studie zum Eisenbahnwesen der DDR, bzw. der SED-Infrastrukturpolitik. Das Buch bietet politik- und wirtschaftsgeschichtlich viel Neues und Wissenswertes. Kaschka analysiert die Stellung und Leistung der Deutschen Reichsbahn im ostdeutschen Verkehrswesen und versteht es, im Vergleich mit der Deutschen Bundesbahn im Westen seine Aussage zu unterfüttern. Der Leser erfährt, wie sich der Krieg und die Demontagen auf das ostdeutsche Eisenbahnnetz auswirkten, ebenso über die notdürftige Wiederherstellung und Sanierung des Schienennetzes in den 1950er Jahren. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Stagnation und den Problemen der DR bei Sicherungs- und Fernmeldeanlagen in den 1960er Jahren. Deutlich spiegeln sich in alldem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und die unmittelbare politische Einflussnahme, so beim Bau des Rings um Berlin oder der Strecke vom Überseehafen Rostock nach Berlin, wider.

Die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, von Erich Honecker in den 1970er Jahren verkündet, verschlang viel Geld, das nicht zuletzt auch der DR fehlte, um ihre Infrastruktur zu verbessern oder gar die Visionen eines modernen Eisenbahnwesens der Zukunft aus den 1960er Jahren zu verwirklichen. Vorrangiger wa-

ren Investitionen in politisch wichtige Projekte wie den Ausbau der S-Bahn in Berlin. Fehlentscheidungen, so der Ersatz der Holz- durch Betonschwellen, die sich nach kaum einem Jahrzehnt zersetzen, oder die ständigen Probleme der DDR mit den Energieressourcen taten ihr Übriges.

Kaschka analysiert die fehlenden Investitionsmöglichkeiten der DR und die Folgen für die Oberbauten, die Gleisanlagen, die Sicherungstechnik sowie den Bereich der Forschung und Entwicklung im Eisenbahnwesen über die Jahrzehnte hinweg und stellt diese in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge. Trotz der Investitionen in einzelne Streckenabschnitte aus politischen und militärischen Gründen, trotz der Elektrifizierungsinitiative in den 1980er Jahren tritt uns zum Ende der DDR ein marodes Eisenbahnwesen entgegen. Daran änderte auch nichts, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), wie alles im Staat, so auch das Eisenbahnwesen überwachte, wie der Autor in einem eigenen Kapitel nachweist. Der DDR-Führung lagen durchaus realistische Berichte über die ungenügende Infrastruktur und den Erhaltungszustand des Hauptverkehrsnetzes der DDR vor.

Warum aber ist dieses Buch militärhistorisch so interessant? Kaschka schließt in seinen Betrachtungen einen Aspekt ein, der im militarisierten Sozialismus eigentlich selbstverständlich erscheint, aber viel zu oft vergessen wird – den militärischen Hintergrund allen Schaltens und Waltens in der DDR. Der SED-Staat lag als Mitglied des Warschauer Paktes unmittelbar an der Trennlinie der beiden Bündnisse NATO und Warschauer Pakt. Die Militärdoktrin der Sowjetunion, festgeschrieben für die östliche Militärkoalition seit 1960, sah nach einem »imperialistischen Überfall« den sofortigen Gegenschlag und die Vernichtung des Gegners auf dessen Territorium vor. Nach dieser Doktrin wurde die DDR auf dem Westlichen Kriegsschauplatz unweigerlich zum Operations- und Durchmarschgebiet der Vereinten Streitkräfte des Paktes.

Ab 1959 stand die Infrastruktur der DR im Fokus der SED-Sicherheitspolitik. Das hing mit der stärkeren militärischen Einbindung der Paktstaaten in den Militärbereich des Bündnisses zusammen. 1961 wies das Vereinte Kommando des Paktes die Vereinheitlichung der Mobilmachung und der Vorbereitung auf den Kriegszustand verbindlich für alle Teilnehmerstaaten an. Für die DDR hieß das, dass die wichtigsten Verkehrswege zu Wasser und zu Land in Ost-Westrichtung für den Transport großer Truppenkontingente der Vereinten Streitkräfte auszubauen waren. Es galt nicht nur, Panzermarschstraßen und Transporttrassen vorzubereiten, sondern auch mit Zerstörungen im Kriegsfall zu rechnen und insbesondere Verkehrsknotenpunkte und Brücken schnell wiederherzustellen bzw. diese zu doublieren.

1962 fasste der Nationale Verteidigungsrat der DDR auf der Grundlage sowjetischer Forderungen erste Beschlüsse zum Ausbau von Eisenbahnstrecken von Ost nach West, von Rochadestrecken und zur Vorbereitung von Behelfsbrücken über die Elbe und Mulde für den Zeitraum bis 1965. Hierfür wurde ein Investitionsvolumen von fast 96 Millionen DDR-Mark eingeplant. Natürlich band das Vorhaben wesentliche Ressourcen der Eisenbahnbaupazitäten und der technischen Ausstattung, die nun nicht für Sanierung oder Erhalt anderer Steckenabschnitte zur Verfügung standen (S. 122). Es wurden Sonderbaudienststellen mit Mitarbeitern der DR und NVA-Offizieren und eine Koordinierungsstelle im Ministerium für Verkehrswesen gebildet. Die Vorbereitung auf den Verteidigungszustand entwickelte sich zu einem wirtschaftlich und finanziell belastenden Faktor in der DDR-Wirtschaft.

Dennoch war der SED-Staat auch in den 1970er Jahren bemüht, die Vorgaben der Vereinten Streitkräfte umzusetzen. Bis 1972 hatte die NVA die 1968 geforderten Eisenbahnbastruppen aufgestellt. Bis 1990 wurden ca. 560 km Streckenanlagen für das militärische Transportnetz saniert, und kamen, da im Frieden zivil genutzt, dem Eisenbahnwesen der DDR durchaus zugute. Zwischen 1976 und 1980 gab die DDR für die militärische Eisenbahninfrastruktur weitere 400 Mio. DDR-Mark aus, um die Durchlassfähigkeit der Strecken zu erhöhen, die Umgehung von Verkehrsknoten zu ermöglichen, Brücken zu doppeln und Baukapazitätsreserven für den Kriegsfall zu schaffen. Die Vorbereitung des DDR-Territoriums auf den Krieg ebenso wie die Militär- und Sicherheitsausgaben insgesamt belasteten die bereits von Krisen geschüttelte DDR-Wirtschaft jedoch immer stärker. Die für den Zeitraum von 1980 bis 1985 geplanten Investitionen in das militärische Eisenbahnnetz von 350 Mio. DDR-Mark mussten aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation des Landes ausgesetzt werden (S. 228).

Alles in Allem weist der Autor nach, dass, obwohl das DDR-Eisenbahnwesen ein wesentlicher Faktor im Wirtschaftsprozess der DDR war, dessen Infrastruktur durch die Staatsführung eher stiefmütterlich behandelt wurde. Das lag daran, dass die DDR anfangs auf die Industrialisierung und den Ausbau der Schwerindustrie, später auf den High-Tech-Sektor setzte und so für den Lowtech-Bereich wenige Investitionen übrig blieben. Die militärischen Anforderungen an das Eisenbahnnetz banden zudem ökonomische Ressourcen, während der Nutzen für den Personen- und Güterverkehr eher gering war, wurde doch von Ost nach West ausgebaut, während die zivilen Verkehrsströme der DDR vorrangig von Nord nach Süd verliefen.

Ralph Kaschka hat ein sehr interessantes und lesenswertes Buch geschrieben, in dem zwar nicht alle Aspekte, etwa der militärhistorische, vertieft dargestellt werden konnten, das aber in seiner Breite der Problemstruktur angemessen konzipiert und in seinem Gesamtbild sehr aufschlussreich ist. Das informative Buch bietet zudem nicht nur für den Fachmann viele Tabellen, Bilder und wichtige Literaturhinweise.

Torsten Diedrich

Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München: Oldenbourg 2012, X, 414 S. (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 91), EUR 49,80 [ISBN 978-3-486-70503-4]

Der KSZE-Prozess nimmt seinen Anfang bald nachdem Ostberlin mit dem Grundlagenvertrag und der Aufnahme in die Vereinten Nationen die außenpolitische Blockade durch die Bundesrepublik Deutschland beendete. Für die DDR erwies er sich als zweischneidiges Schwert und forderte sowohl vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als auch vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (MfAA) besondere »Kreativität«, um die Einflüsse des KSZE-Prozesses auf die DDR, insbesondere diejenigen des »Dritten Korbes«, einzuschränken. Die Nähe der DDR zum westlichen Ausland, vor allem zur Bundesrepublik Deutschland, ließen die Auswirkungen des »Dritten Korbes« nicht nur in Form einer wachsenden Ausreisebewegung für Ostberlin sehr konkret werden. Auf der anderen Seite standen die Interessen der Sowjetunion, die sich jedoch in einigen Punkten nicht

mit den Interessen der DDR-Führung deckten. Die für die DDR wichtigste Folge war eine Eigendynamik der Ausreisebewegung, die das Regime bis zuletzt nicht unter eigene Kontrolle zu bringen vermochte.

Die Auswirkungen des KSZE-Prozesses auf die DDR gehören zu den weniger erforschten Bereichen der KSZE-Forschung. Als einer der ersten hat sich Oliver Bange mit diesem Thema beschäftigt. In seinem 2006 erschienenen Beitrag »Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung« weist er auf den dürftigen Forschungsstand zu diesem Thema hin (Oliver Bange, *Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung*. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik. In: *Archiv für Sozialforschung*, 46/2006, S. 713–736). Ab 2008 widmet er sich zunehmend diesem Thema. So eröffnet sein 2008 gemeinsam mit Stephan Kieninger erschienener Text »Negotiating One's Own Demise?« eine Reihe von Publikationen zur DDR-KSZE-Forschung (z.B. *Negotiating One's Own Demise? The GDR's Foreign Ministry and the CSCE negotiations: Plans, Preparations, Tactics, and Presumptions*. Ed. by Oliver Bange and Stephan Kieninger, Washington, DC 2008 [= CWIHP e-Dossier, 17]). Aufbauend auf Banges Forschungen präsentiert nun Anja Hanisch in ihrer 2012 beim Oldenbourg Verlag in München erschienenen Dissertation eine ausführliche Abhandlung über die Einwirkungen des KSZE-Prozesses auf die DDR, aber auch über entsprechende Wechselwirkungen in deren internationalem Umfeld. In ihrer Untersuchung beschäftigt sie sich mit den Vorverhandlungen in Helsinki und Genf sowie der Gipfelkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki von 1973 bis 1975 sowie den zwei Folgetreffen in Belgrad von 1977 bis 1978 und in Madrid von 1980 bis 1983. Sie bearbeitet auch die vorbereitende Phase ab 1972 und gibt einen Ausblick auf die Auswirkungen bis zu Gorbačevs Machtübernahme 1985.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil ist der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki gewidmet, den sie zeitlich mit 1972 und 1976/77 eingrenzt. Der Teil A besteht aus sechs Kapiteln. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Genese der KSZE, wie auch der Ostpolitik und den deutsch-deutschen Beziehungen im Vorfeld des KSZE-Prozesses. Das Vorbereitungstreffen in Dipoli, die Vorverhandlungen in Helsinki und Genf sowie die Gipfelkonferenz in Helsinki sind Themen des zweiten Kapitels. Die folgenden drei Kapitel behandeln die Folgen der KSZE-Schlussakte von 1975, davon ist ein längeres Kapitel der Ausreisebewegung gewidmet, die von der KSZE-Schlussakte entscheidend beeinflusst wurde und durchgehend ein Punkt von besonderem Interesse Ostberlins blieb.

Im zweiten Teil wird das erste Folgetreffen in Belgrad und seine Folgen von 1977 bis 1979 behandelt, der aus fünf Kapitel besteht von denen wieder das letzte der Ausreisebewegung gewidmet ist. Das Belgrader Folgetreffen wird in den ersten beiden Kapiteln behandelt. Wegen der Konzentration des ersten Folgetreffens auf den »Dritten Korb«, liegt eine besondere Fokussierung auf den Einschätzungen des Ministeriums für Staatssicherheit. Eingebettet in dieses Kapitel ist auch der während des Belgrader Folgetreffens zunehmend einsetzende Niedergang der internationalen Entspannungspolitik, was letztendlich auch das Scheitern des ersten Folgetreffens in Belgrad selbst belegte.

Abschließend werden im dritten Teil das zweite Folgetreffen in Madrid und die Vorbereitungen und Auswirkungen in der Zeit zwischen 1980 und 1985 untersucht. Der Teil C analysiert in sieben Kapiteln das Madrider Folgetreffen, das in der seit 1979 deutlich angespannten internationalen Lage stattfand. Das Treffen in Madrid selbst wird in einem Kapitel behandelt. Die Westverschuldung der DDR

und der zunehmende Druck auf Ostberlin infolge der Ausreisebewegung werden in jeweils eigenen Kapiteln der Arbeit untersucht.

Der Band endet mit dem Aufstieg Gorbačevs zum Generalsekretär und dem »Prager Aufruf« der Charta 77. Jeder der drei Teile wird mit einer Zwischenbilanz und die gesamte Arbeit mit einem Ausblick sowie einer Schlussbetrachtung abgeschlossen. Der Anhang enthält neben einem Abkürzungs- und einem Personenregister auch statistische Übersichten. Die Publikation beruht auf sehr umfangreicher Recherche und beachtlicher Einsicht in Primärquellen wiewohl auch auf einer umfassenden Auswahl von Memoiren- und Sekundärliteratur, die zu diesem Thema international erschienen ist.

Der KSZE-Prozess brachte der DDR zwar internationale Anerkennung, doch konnte sie sich aus der »Interdependenz zwischen der Bündnis-, Außen- und Innenpolitik« bis zuletzt nicht befreien, womit die Kernaussage der Autorin in der Schlussbetrachtung zum Ausdruck kommt. Einige Sätze später formuliert sie noch pointierter: Die DDR-Führung vermochte sich einerseits vom Druck der durch die Ausreisebewegung und andererseits aus den außenpolitischen Zwängen – vor allem der Bündnispolitik – nicht zu befreien und scheiterte schließlich auch daran, dass Moskaus Prioritäten anders gesetzt waren. Gorbačevs Aufstieg zum Generalsekretär der KPdSU festigte eine schon unter Brežnev begonnene Entfremdung zwischen Ostberlin und Moskau – wobei sich die DDR-Führung alternativlos den Zielen Moskaus unterzuordnen hatte. Der Autorin gelingt es, die einzelnen Phasen des KSZE-Prozesses mit der Entwicklung der Ausreisewellen in Relation zu setzen. Eine Korrelation ist offensichtlich und wird auch durch die innerparteiliche Kommunikation ausführlich belegt.

Die Kommunikation zwischen den östlichen Innen- wie Außengeheimdiensten, allen voran zwischen dem MfS und dem KGB bleibt allerdings auch in dieser Publikation weitgehend im Dunkeln. Es ist aber offensichtlich, dass gerade das MfS der sowjetischen Seite wichtige Informationen zukommen ließ, die diese vor allem bei den Folgetreffen nutzte. Gleichzeitig scheinen sowjetische Analysten der Qualität der Informationen aus Ostberlin vor und während des Belgrader Folgetreffen einen zu hohen Wert beigemessen zu haben. Jedenfalls wäre auf diese Weise auch anhand der Memoiren von Arthur Goldberg zu erklären, warum die sowjetische Seite in Belgrad so lange auf ein amerikanisches Entgegenkommen in wirtschaftlichen und militärischen Fragen wartete, ehe in Moskau entschieden wurde, das Treffen scheitern zu lassen. Es wäre auch sehr hilfreich gewesen, die Ursachen für die Nichtberücksichtigung der DDR-Interessen durch die UdSSR ausführlicher zu untersuchen. Dieser Punkt ist für die Arbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung, scheint aber unter der in diesem Bereich doch komplizierteren Quellenlage gelitten zu haben.

Die Arbeit von Anja Hanisch liefert wichtige neue Forschungsergebnisse und reiht sich damit ein in eine nicht allzu große Gruppe von Publikationen zur Erforschung der letzten Phase der Existenz der DDR. Ihre Stärke liegt vor allem in der Analyse der ostdeutschen KSZE-bezogenen Innenpolitik und dort insbesondere auf der Ausreisebewegung. Anja Hanisch hat mit der vorliegenden Dissertation einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des KSZE-Prozesses in Osteuropa geleistet.

Milan Kosanović

Alltag: DDR. Geschichten, Fotos, Objekte. [Begleitbuch zur Dauerausstellung des Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR.] Hrsg. vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V., Berlin: Links 2012, 336 S., EUR 19,90 [ISBN 978-3-86153-670-3]

Unter welchen Bedingungen funktioniert der Alltag in einer Diktatur – was ist typisch, was Normalität? Das fragten sich die Gestalter der Dauerausstellung des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR e.V. in Eisenhüttenstadt auch in dem beim Ch. Links Verlag Berlin erschienenen Begleitband. Es geht ihnen nicht nur um die Aufarbeitung der SED-Diktatur, ihrer Zwänge, Überwachung und Unterdrückung. Das allein kann die DDR in ihrer vierzigjährigen Existenz nicht erklären. Sie wollen den normalen Alltag der Menschen zeigen, die Nischen, das »Sich-Einrichten«, die Freiräume, die Möglichkeiten. Die Gratwanderung ist gefährlich, geht es doch nicht darum, eine museale Erinnerungs-Exklave oder einen »Gedächtnispark Ost« zu schaffen, sondern den DDR-Alltag als zentralen »Erinnerungstopos« deutscher wie globaler Geschichte perspektivisch zu erschließen (Wolfgang Kaschuba, S. 17).

Die Publikation ist ein Ausstellungskatalog, wie man ihn sich vorstellt – reich bebildert, in seinen Essays kurz und präzise, und bietet alles, was an Information für den Museumsbesucher oder Leser wichtig ist.

Andreas Ludwig stellt in seiner Einführung das Dokumentationszentrum in seinem Selbstverständnis vor. Die Dinge des Alltages eines seit 20 Jahren nicht mehr existenten Staates sollen im Kontext von Sozial-, Alltags-, Staats- und Gesellschaftsgeschichte selbst sprechen. Es folgen 10 Kapitel aus dem DDR-Alltagsleben: Eisenhüttenstadt, Macht, Grenzen und Heimat, Bildung, Kommunikation, Familie, Arbeit, Konsum, Lebensweise und Milieus. Schon die Aufzählung gibt einen vielversprechenden Einblick in die konzeptionelle Aufarbeitung des Themas. Die Kapitel folgen der Linie der Ausstellung gleich mit farbigen Wegmarkierungen, die Essays werden durch Objektgeschichten ergänzt, machen das Erzählte greifbar und emotional. Es folgt im Katalog ein Ausstellungsüberblick mit aussagestarken Sachzeugen.

Zu Beginn stellt der Band das Umfeld des Museums – die Satellitenstadt im Osten Brandenburgs vor. Eisenhüttenstadt war als sozialistische Metropole in einem Guss geplant und wurde nach sowjetischem Vorbild auf die grüne Wiese gestellt. Ihr lagen die »16 Grundsätze des Städtebaus« der DDR von 1951 zugrunde und doch musste schrittweise erst das architektonische Verständnis der »sozialistischen Stadt« entwickelt werden. Sie sollte nicht Wohnsilo der Arbeiter des Eisenhüttenkombinats (EKO) sein, sondern die neue Formssprache des Sozialismus definieren, autonom als Stadt ohne historische Bindung funktionieren und die Überlegenheit des Produzierens und Lebens im Sozialismus dokumentieren. 1951 begonnen und bis in die 1960er Jahre eine Großbaustelle, repräsentiert Eisenhüttenstadt den Wandel von Stalins Bauvorbild zum sozialistischen Plattenbau und bildet so einen besonderen historischen Rahmen für das Dokumentationszentrum. Die Objektgeschichten erzählen von farbigen Brocken Glasschlacke der Fürstenberger Glashütte, Produktionsabfall und doch für manchen Ankömmling in der neuen Metropole ein Stück Alltagsabenteuer. Die Verdienstmedaille des EKO schildert die Geschichte einer vertriebenen Familie, die sich in das DDR-Aufbauprojekt einbringt und dabei ihre neue Zugehörigkeit und Identität findet. Ein Bild, ein Buch erzählen von

DDR-Künstlern, welche die aufstrebende Retortenstadt und den Schwung der »Aufbaugeneration« fassen wollen.

Ein Gesellschaftsbild entsteht so aus dem Alltags-Sein in der DDR – mit Einheitsmietvertrag, Betriebskollektivvertrag, Arbeit und Urkunden, Schaufenstern und HO-Großgaststätten. Und überall ist die Macht im Hintergrund des Alltages, Anpassung in der Schule, der »Volkspolizist, der es gut mit Dir meint«, der NVA-Soldat, der den Frieden schützt. Überall soll man mitmachen, den »Sozialismus aufbauen« – im Stahlwerk, in den Kampfgruppen, der Zivilverteidigung, in FDJ oder SED und nicht zuletzt in der Hausgemeinschaft. Es gibt »Spielregeln«, die man von klein auf lernt und immer wieder stellt sich die Frage nach Anpassung an die staatlichen Normen. Und es werden Geschichten erzählt – vom Fotografen, der den DDR-Alltag mit ganz anderen Augen sieht als die Oberen, dem Jungen aus »guter« SED-Erziehung, der seinen eigenen Weg geht, unangepasst ist, als asozial eingestuft wird und sich in intensiver staatlicher »Betreuung« durch Arbeits-erziehungslager wiederfindet.

Der Katalog zeigt Alltagsstellvertreter der Staatsmacht: Büsten von Marx, Lenin, Pieck, Ulbricht, »Winkelemente« und Transparente, die unvermeidliche Plastik-Mainelke. Da sind aber auch Spielzeuge: ferngesteuerte Panzer T 54, die NVA-Gummisoldaten oder die Stielhandgranate der GST und da hängen sie – die Uniformen der gesellschaftlichen Organisationen: FDJ, GST, NVA, Zivilverteidigung, Deutsches Rotes Kreuz, auch Deutsche Post. Ein Abschnitt, fast zu kurz, um den allseitigen Einfluss auf den Alltag einer militarisierten Gesellschaft darzustellen – und im Hintergrund kontrollierten all das das Ministerium für Staatssicherheit und seine Informanten.

Interessant ist das Kapitel Grenzen und Heimat, das sich über das Begriffspaar der »rätselhaften Stabilität« (Andrew I. Port) der DDR durch Abgrenzung nach außen und Integration nach innen zu nähern versucht. Grenzen sind nicht nur die Mauer, die das Bild auf die DDR-Gesellschaft im Innern beschränkte. Grenzen gab es allerorten im gesellschaftlichen Sein und Handeln. Die Heimat scheint der dazu passende Fluchtpunkt und doch ist man auch hier begrenzt: Deutsch wird zu DDR und macht die nationalstaatliche Debatte der 1970er Jahre in der DDR auch zur Debatte um Traditionen *und* Erbe. Der fehlenden Weite des heimatlichen Raums wurde schrittweise durch größere historische Tiefe begegnet. Naturgemäß bildet das Thema Grenze letztlich das größere Ausstellungspotenzial im Katalogteil.

Auch auf das Thema Bildung durfte man gespannt sein, waren es doch die Möglichkeiten der neu zu formenden Eliten der frühen DDR, die zu Identifikation, Aufbruchsstimmung und Hoffnungen beitrugen und eine gewisse Stabilität brachten. Ähnliche Effekte finden sich nach dem Mauerbau und in den 1970er Jahren, ehe eben diese Bildung sowohl die Opposition als auch die Abkehr vom »realen DDR-Sozialismus« beschleunigte. Natürlich, und das wird hinreichend herausgearbeitet, waren die Bildungsmöglichkeiten in der DDR an Voraussetzungen geknüpft, versuchte der Staatsapparat Bildung von frühester Kindheit an mit der Erziehung zur »allseits gebildeten sozialistischen Persönlichkeit« zu verbinden. Auch das Bildungswesen war militarisiert. Doch es besaß nicht nur seine negativen Seiten, es gab intensive Wissensvermittlung, eine durchaus breite Allgemeinbildung, eine gelungene Verbindung von Theorie und Praxis oder aber intensive Frauenförderung. Das wird von vielen DDR-Bürgern bis heute positiv bewertet und ist wissenschaftlich gut analysiert. Leider spiegeln auch die Objektgeschichten und die katalogisierten Objekte ein eher negatives und wenig ausgewogenes Bild.

Das Kapitel über die Kommunikation in der DDR von *Mario Stumpf* beschert nicht nur hohen alltäglichen Wiedererkennungswert, es beschreibt bezeichnend und humorvoll einen Alltag zwischen DDR-Zeitung und Westfernsehen, fehlendem Telefon und Erfindungsreichtum, verfügbaren und nicht verfügbaren Büchern. Wovon der Mensch nichts weiß, das wird er auch nicht vermissen oder begehren – natürlich wurde ein Kommunikations- und Meinungsbildungsmonopol durch die Staatspartei angestrebt, konnte aber nicht realisiert werden. Ost-Berliner belächelten die TV-Kenntnisse der Mecklenburger oder Sachsen aus den »Tätern der Ahnungslosen«, Zeitschriften und Bücher wurden geschmuggelt und ausgetauscht – Kommunikation erfolgte öffentlich und staatlich, wie auch privat und unter der Hand. Ein Post- und Fernmeldegeheimnis gab es hingegen nicht – der Staat wollte alles wissen und konnte auch Vieles von dem gebrauchen, was in Briefen oder Paketen von West nach Ost floss. Kommunikation fand überall statt, über Zettelrollen, Tonbandgeräte, Kofferradios bis hin zu illegalen Kopien oder Flugblättern. Kommunikation aber war auch der politische Witz – eine Kultur, die mit dem Untergang der DDR offenbar mit in Vergessenheit geriet.

Mit sehr viel Sachkenntnis ist das Essay zum Familienleben in der DDR geschrieben. Das war umso schwerer, als das Thema durch oft wenig sachliche, divergierende Einschätzungen »vermint« ist. Ja, die Frau wird von Anbeginn in das Berufsleben integriert, doch schon die in den 1950er Jahren in die DDR hineingeborene weibliche Generation scheint die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vom Ehemann, das Bereichernde im Berufsleben durchaus zu schätzen. Es ist tatsächlich zu fragen, ob im Osten Familie und Kindeserziehung weniger liebevoll funktionierten, der »Kollektivismus« der staatlichen Kindesbetreuung schlechter für die Kinder war, als der heute vorherrschende Individualismus und ein Arbeitsmarkt, der sich nach Billiglohn und Flexibilität ausrichtet und in dem Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine Rolle spielen. *Marcus Merkel* beobachtet feinfühlig, findet die Wahrheit zwischen den Polen und verdeutlicht, dass trotz staatlicher Einflussnahme die Familie auch der Hort des Privaten und Geborgenen war – eine der »Nischen« in der »Mitmachgesellschaft«. Das zeigen auch Objektgeschichten, etwa der Kleinfilmer, das Moped oder der Badetag und die Alltagsprodukte – nicht zuletzt, weil ein das Essay dekorierendes Muster, dem Familiengründer »Ost« sofort als bekanntes Tapetenornament ins Auge sticht.

Recht kurz ist das Essay zur Arbeit in der DDR. *Elke Kimmel* macht aber deutlich, dass Arbeiten in der DDR mehr war als die reine Arbeit. Der Arbeitsalltag wurde weniger durch Konkurrenz und Verdrängung als vielmehr durch Kollektiv und Gemeinschaft in der Mangelwirtschaft beherrscht. Das reichte nicht selten weit in den Privatbereich hinein. Nicht zuletzt deshalb wird heute das Berufsleben DDR, bei allen Problemen des mangelnden Gesundheits- und Umweltschutzes und natürlich ob der staatlichen Einflussnahme über den Betrieb von den Befragten eher positiv als negativ empfunden. Für die gleiche Arbeit gab es für Frauen das gleiche Geld, auch wenn die Masse der Frauen in geringer bezahlten »Nichtmännerberufen« arbeiteten und damit in Fragen der Rente oft viel schlechter gestellt waren als Männer. Am Nachhaltigsten aber wirkt die Arbeitsplatzsicherheit nach – eine existentielle Absicherung, die es seit 1990 so nicht mehr gab.

Spannend ist das Thema: Konsum in der DDR. Bekanntlich gingen Angebot und Nachfrage weit auseinander – die DDR-Industrie vermochte selten die Nachfrage der Bevölkerung zu befriedigen, oft wurden Gebrauchsgegenstände am Bedarf vorbei produziert. Folglich gab es neben dem normalen Warenmarkt mit sei-

nem »Schlange-Stehen« einen Tauschmarkt, eine private Fertigung mit internem Absatz und die Befriedigung von Kaufwünschen durch den Westen sowohl über Geschenksendungen als auch durch Intershop- und GENEX-Warenangebote für die »DDR-Zweitwährung« – die D-Mark. Die DDR-Preisbildung war kaum an die Herstellungskosten oder an Angebot oder Nachfrage geknüpft, sondern zumeist politisch vorgegeben. Grundnahrungsmittel, Mieten, auch Energie wurden heruntersubventioniert, Mangelereignisse oder langlebige Industrieerzeugnisse überteuert verkauft. Über Exquisit- und Delikatess-Läden versuchte man den Geldüberschuss in der Gesellschaft abzuschöpfen – ein Farbfernseher konnte schon ein Jahresgehalt kosten. Leider kommen solche Hintergründe des DDR-Alltags gelegentlich in der Darstellung etwas zu kurz.

Hochinteressant ist das Essay über die »sozialistische Lebensweise«. Es wird deutlich, wie stark die gegenseitige Reaktion beider deutscher Staaten aufeinander war, wie sehr der Westen den Alltag des Ostens mitbestimmte. *Andreas Ludwig* erinnert an die »10 Gebote der Sozialistischen Moral und Ethik« Ulbrichts, die in den folgenden Jahrzehnten in verschiedenen Spielarten auftraten. Die »Sozialistische Menschengemeinschaft« lebte vom kollektiven Geist und der »Teilhabe« aller am gesellschaftlichen Wohlstand bei Verschwinden der gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Das alles hat nie richtig funktioniert, weshalb sich die SED-Argumentation auch mit Blick in Richtung West immer stärker auf die Sozialpolitik abhob: die subventionierten Grundbedürfnisse, billige Mieten, »kostenlose« Krankenversorgung, sichere »ausbeutungsfreie« Arbeitsplätze. Mit den auch aus diesem Grund wachsenden wirtschaftlichen Problemen scheiterte auch das Konzept der sozialen »Ruhigstellung« der Gesellschaft. Was von der Sozialpolitik blieb, ist die sehnstüchtige Erinnerung mancher an die scheinbare Sicherheit und das Versorgt-Sein.

Nicht fehlen darf ein Beitrag zum Leben am Rande der DDR-Gesellschaft, denn nicht alle konnten und wollten sich der »sozialistischen Lebensweise« mit ihrer ständigen Bevormundung unterordnen. Andersdenkenden begegnete das DDR-Regime in den 1940er und 1950er Jahren mit Repression und Unterdrückung. Nach dem Mauerbau wurden die Methoden der Überwachung und Gängelung feiner, aber nicht weniger intensiv. Nur langsam entwickelten sich Nischen und eine legale Opposition, die in den 1980er Jahren letztlich zum Träger der friedlichen Revolution wurde. Erinnert wird an die kirchlichen Kreise, die Friedensbewegung, die Umweltschutzbewegung aber auch an die Tramper und die Punk-Szene. Hier leben die Ausstellung und der Katalog durch die Hinterlassenschaften fleißiger Besitzelung all jener in der DDR unerwünschten Szenen durch die Staatssicherheit. Damit schließt sich der Bogen des Bandes zurück zu Macht und Diktatur.

Aufs Ganze gesehen liegt eine beeindruckende Publikation mit in der Mehrzahl sehr gut differenzierten und analytischen Essays, treffend gewählten Objektgeschichten und Alltagsgeschichte erzählenden Einzelobjekten vor. Oft nehmen die Kapitel aufeinander Bezug, ergänzen sich und ergeben ein Gesamtbild vom Leben in der DDR. Das Buch kann sehr empfohlen werden – für den Außenstehenden erschließt sich eine nachvollziehbare Alltagswelt Ost, für den ehemaligen DDR-Bürger eine kritische Erinnerung an eine längst vergangene Zeit mit ihren lebenswerten – aber eben auch schrecklichen Seiten.

Torsten Diedrich

Ed Stuhler, Der Kreml-Flieger. Mathias Rust und die Folgen eines Abenteuers. In Kooperation mit der Filmproduktionsgesellschaft Gebrüder Beetz, Berlin: Links 2012, 190 S., EUR 16,90 [ISBN 978-3-86153-666-6]

Vor gut 25 Jahren, am 28. Mai 1987, unterflog der 19-jährige Mathias Rust mit einer Sportmaschine von Helsinki aus die gesamte sowjetische Luftabwehr und landete unmittelbar vor dem Kreml. Der Vorfall hatte erhebliche personelle Konsequenzen für das sowjetischen Militär. Der vorliegende Band beschreibt den Flug und seine Auswirkungen.

Das Buch ist in Kooperation mit einer Filmproduktionsgesellschaft erschienen, und das merkt man ihm ein wenig an. Der Autor stützt sich vor allem auf Zeitzeugenaussagen, sowohl des Protagonisten selbst als auch von Angehörigen der damaligen sowjetischen Militärelite, dazu auf ein gut sortiertes Pressearchiv zum Thema. Archivische Quellen scheinen ihm nicht zur Verfügung gestanden zu haben.

Mathias Rust ist demzufolge ein etwas idealistisch gesonnener Schüler, der seinen Beitrag zum Weltfrieden leisten und seinem Helden Michail Gorbatschow selbst darlegen will, dass die Menschen im Westen dessen Reformen aufgeschlossen gegenüberstehen und friedlich gesonnen sind. Er hat auch schon sein Konzept einer idealen Gesellschaft zu Papier gebracht, und die Sorge um den Weltfrieden treibt ihn um. Besonders enttäuscht ist er, als die erste persönliche Begegnung zwischen Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Reykjavik im Oktober 1986 ohne greifbare Ergebnisse für die Abrüstung bleibt.

Rust kommt aus gutem Hause, er hat Fliegen gelernt und über seine Eltern Zugriff auf Sportmaschinen, die dem örtlichen Aero-Club gehören. Das Fliegen ist sein Ein und Alles, eine Ausbildung zum Bankkaufmann hat er abgebrochen, um sich auf das Fliegen zu konzentrieren. Jetzt, im Mai 1987, chartert er von den verfügbaren Maschinen die mit der größten Reichweite und macht sich für drei Wochen auf den Weg.

Am 13. Mai bricht er von Uetersen auf. Zunächst geht es nach Reykjavik, dem Ort der gescheiterten Begegnung der beiden Weltpolitiker. Von dort wendet er sich nach Helsinki, dem Ort des KSZE-Vertrages. Am 28. Mai schließlich fliegt er von dort nach Südosten, dringt im heutigen Estland, in der Gegend um den Peipus-See, in den sowjetischen Luftraum ein und erreicht kurz nach 18:00 Uhr Ortszeit Moskau. Er landet nicht auf dem Roten Platz selbst, sondern unmittelbar daneben vor der Basilius-Kathedrale. Zögerlich reagiert die örtliche Polizei: Rust wird in Gewahrsam genommen.

Stuhler schildert die Ereignisse nüchtern und ohne große Ausschmückungen. Zu der militärgeschichtlich relevanten Frage, wie es passieren konnte, dass die sowjetische Luftabwehr Rust nicht abgefangen hat, bietet er einige vorsichtige Erklärungsversuche an. Seine Zeitzeugen stellen die Sache so dar, dass die Luftraumüberwachung Rust fast während seines gesamten Fluges auf dem Bildschirm gehabt habe, ihn aber nicht habe identifizieren können. Zwei Abfangjäger, die den Auftrag zur visuellen Identifizierung hatten, hätten die Maschine nicht richtig gefunden, nur kurz gesichtet und für einen sowjetischen Agrarflieger gehalten. (Auch Rust berichtet, dass er kurzzeitig eine MiG gesehen habe.) Dass Rust so bis in die unmittelbare Nachbarschaft des Zentrums der sowjetischen Macht gelangen und potenziell den Sitz des KPdSU-Generalsekretärs sowie des Politbüros selbst bedrohen konnte, lässt diese Version allerdings problematisch erscheinen.

Dies ist die Zeit, in der der Westen seine operativen Vorstellungen neu formuliert. Im Kriegsfall sollen Waffensysteme wie der Jagdbomber »Tornado« oder konventionell bestückte Marschflugkörper im Tiefstflug in den gegnerischen Raum eindringen und so das Heranführen der zweiten strategischen Staffel aus der Sowjetunion behindern und verzögern. Das Konzept ist geeignet, den geostrategischen Vorteil des Warschauer Pakts, den seine zusammenhängende Landmasse bietet, zu relativieren. Hatten alle Bemühungen des »Diensthabenden Systems« versagt, solche Einflüsse zu erkennen? Oder war es so, dass die starren Führungsstrukturen der Luftverteidigung (und damit der Sowjetarmee insgesamt?) nicht schnell genug auf den Einflug reagiert hatten, weil die Zuständigen vor Ort über keine Entscheidungskompetenz verfügten? Stuhler bezieht sich dabei auf die Veränderungen im System nach dem Abschuss einer koreanischen Verkehrsmaschine mit 269 Toten im Jahre 1983. Er zitiert hier aus dem Untersuchungsbericht der Luftabwehr zu Rusts Flug, hat diesen allerdings nicht selbst eingesehen, sondern verlässt sich auf den Abdruck im Rahmen eines ansonsten auch von Stuhler als äußerst tendenziös eingestuften Artikels in der Gewerkschaftszeitung »Trud«.

Gorbatschow sah keinen Anlass, den Luftraumverletzer Rust zu empfangen. Im Gegenteil: Dieser wurde vor Gericht gestellt und zu vier Jahren Haft verurteilt. Gorbatschow sah in Rusts Flug vor allem eine Provokation, die den sowjetischen Staat bloßstellen sollte. Immerhin bot ihm der Vorfall die Gelegenheit, Verteidigungsminister Sokolow durch einen Vertrauten, Marschall Dmitrij Jasow, zu ersetzen und zugleich auf den unteren Ebenen weitere personelle Veränderungen einzuleiten.

Der Band zeichnet den weiteren Lebensweg Rusts nach: die insgesamt erträglichen Haftbedingungen in Lefortowo, seine Begnadigung nach gut einem Jahr. Besonders schildert Stuhler den Mediensturm, der über die Familie während der gesamten Zeit hereinbrach, vor allem den Exklusivvertrag mit dem »Stern«, der mithalf, die Verteidigung zu finanzieren und während der Haftmonate die Verbindung aufrechtzuerhalten. Er verschweigt auch nicht Rusts zweites Gerichtsverfahren: 1991 wurde dieser wegen versuchten Totschlags an einer Schwesternschülerin zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, von denen er wiederum nur einen Teil absitzen musste.

Das Buch ist unterhaltsam geschrieben, wertet die verfügbaren Quellen aus, ohne ins Spekulative zu verfallen, bleibt den Zeitzeugen gegenüber allerdings manchmal etwas unkritisch. Eine quellenmäßig besser belegte Darstellung, die auch die militärischen und militäropolitischen Auswirkungen klarer analysieren könnte, wird angesichts der heutigen russischen Archivpolitik allerdings wohl noch lange auf sich warten lassen.

Winfried Heinemann

Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt: Wiss. Buchges. 2012, VII, 151 S. (= Geschichte kompakt), EUR 14,90 [ISBN 978-3-534-23832-3]

Durch die zufällige Aufdeckung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) Ende 2011 ist das Thema Rechtsextremismus wieder in das Zentrum öffentlicher Debatten katapultiert worden. Dabei tauchten auch Fragen nach Zusammenhängen zwischen NPD und neonazistischer Szene sowie nach der Historie der extre-

men Rechten in den neuen Bundesländern in den Medien auf. Der Politikwissenschaftler Gideon Botsch hat in der Reihe »Wissen Kompakt« der WBG nun die erste Gesamtdarstellung über die extreme Rechte von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Jahr 2011 vorgelegt und damit eine Lücke in der Forschungsliteratur geschlossen.

Botsch begreift – den Forschungstendenzen in der Politikwissenschaft folgend – die extreme Rechte als kollektiven politischen Akteur und wählt daher explizit eine akteurszentrierte Perspektive, die er konsequent durchhält. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass beispielsweise Aspekte der Wählerschaft und zivilgesellschaftliches Gegenengagement nicht vertieft behandelt werden.

Die Szene selbst unterteilt Botsch in eine »politische Bewegung« und ein »lebensweltliches Milieu«, die er in einer »Art Doppelhelix« formiert sieht, um die sich die extreme Rechte seit Jahrzehnten drehe (S. 3). Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der »politischen Bewegung«: konkret Parteien, politische Organisationen, Aktionsgruppen, Jugendorgane, Bildungswerke, Diskutierzirkel, Verlage und Zeitschriften. Erfreulicherweise gerät die zweite Helix dabei nicht aus dem Blick: Immer wieder wird exemplarisch auf das »lebensweltliche Milieu«, seine Akteure, auf personelle Verflechtungen, Abspaltungen, Gegenbewegungen und Symbiosen verwiesen.

Eine Konstante zieht sich dabei durch den gesamten behandelten Zeitraum: Das interne Konfliktpotenzial der sich als »nationale Opposition« verstehenden extremen Rechten, das in der jeweils handlungsleitenden Positionierung zum Nationalsozialismus einerseits und der bundesdeutschen Demokratie andererseits angelegt ist. Diese Konstellation bedingt Botsch zufolge den beständigen »Wechsel von Sammlung und Spaltung«, den er als »Erklärungsfaktor für das [...] charakteristische Muster kurzfristiger Mobilisierungsphasen, die von solchen der Stagnation abgelöst werden« (S. 5), sieht.

Als Überblicksdarstellung für Abiturienten, Studierende, Lehrende und interessierte Laien konzipiert, folgt das Buch einem sehr stringenten Aufbau. Die Einleitung wird für Begriffsdefinitionen und einen Rückblick auf die ideen- und organisationsgeschichtlichen Ursprünge der extremen Rechten genutzt, der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzt und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs reicht. Darin wird bereits auf den grundsätzlichen Unterschied zur »nationalen Opposition« in der Bundesrepublik verwiesen: dass es sich bei letzterer nämlich nie um eine »soziale Bewegung« handelte. Die folgende Entwicklung ab 1949 ist chronologisch in drei Abschnitte unterteilt, in denen über den Zeitraum von jeweils zwei Jahrzehnten (1949–1969; 1970–1989; 1990–2009) die Entwicklung der extremen Rechten nachvollzogen wird. Dass dabei die Bezüge zum nationalen und internationalen Rahmengeschehen teilweise nicht umfangreicher ausfallen konnten, ist wohl der begrenzten Seitenzahl und der gewählten perspektivischen Engführung geschuldet.

Die Grunderzählung des ersten Abschnitts ist die einer zunehmenden Isierung des rechten Lagers in den 1950er Jahren. Herausgehoben dargestellt werden die kurze Geschichte der Sozialistischen Reichspartei und die folgenden represiven Maßnahmen seitens der britischen Besatzungsmacht, der Länder und des Bundes, die nach Botsch die »nationale Opposition« in eine »prekäre Randlage« brachten, »aus der [sie] nie mehr für längere Zeit herauszutreten vermochte« (S. 33). Ähnlich lautet die Bewertung der Wahlniederlage des zunächst verbliebenen Sammelbeckens Deutsche Reichspartei im Jahr 1957: Sie habe unter anderem gezeigt,

»mit wie wenig Recht sich rechtsextreme Parteien als authentische Stimme der Bevölkerung ausgeben konnten« (S. 34 f.). Fluchtpunkte dieses Abschnitts sind die Gründung der NPD im Jahr 1964, ihre zunehmende Militanz und die schließlich bereits bei der Bundestagswahl 1969 zum Tragen kommenden internen »gegenläufigen Fliehkräfte« (S. 58).

Darin klingt bereits der Grundcharakter der weiteren Entwicklung des rechten Lagers im zweiten Abschnitt an: die zunehmende Zersplitterung der »nationalen Opposition«, die anhaltende Gewalt und die Bedeutungszunahme von Jugendbünden, auf die Botsch ausführlich eingeht. Weitere Schwerpunkte bilden der neonazistische Terror Anfang der 1980er Jahre und die Dominanz ausländerfeindlicher Programmatik.

Der dritte Abschnitt steht im Zeichen der durch die Wiedervereinigung beschleunigten Neuorientierung der extremen Rechten, vor allem der Radikalisierung der NPD durch ihre programmatische Öffnung für neonazistische Gruppierungen und ihre Entwicklung hin zu einer »radikalnationalistische[n], fundamentaloppositio nelle[n] Weltanschauungspartei« (S. 137), die bundesweit dennoch irrelevant geblieben sei. Bei aller gebotenen Knappeit, die zur Schwerpunktsetzung zwingt, ist es dennoch schade, dass gerade der Gender-Aspekt in Bezug auf die extreme Rechte insgesamt, aber besonders in diesem Abschnitt, nur eine Randnotiz bleibt (S. 121).

Im Mittelpunkt der Schlussbetrachtung steht der NSU. Mit dem Bekanntwerden dieser Terrorzelle und der daraus folgenden neuen »rechtsextremen Ereigniskette« (S. 139) könnte sich, so die Überlegung Botschs, der Beginn einer vierten Phase in der Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik abzeichnen.

Insgesamt bietet der Band einen sehr kompakten Überblick über die Akteure, Organisationen und Entwicklungsphasen der politischen Bewegung der extremen Rechten, der sich auf der Höhe der Forschung bewegt. Die Auswahlbibliografie hätte man sich etwas umfangreicher und um Aufsatztitel aus Periodika ergänzt gewünscht, zumal auf Quellenangaben verzichtet wurde und somit eine direkte Zuordnung zum Text und umgekehrt nicht möglich ist. Dem Verfasser gelingt der Spagat, die Gefahr und das Gewaltpotenzial, das von diesem Lager ausgeht, nicht zu verharmlosen und gleichzeitig seine Gesamtbedeutung nicht zu überschätzen. Letztlich, so sein Fazit, habe es die extreme Rechte nie verstanden, in der bundesdeutschen Demokratie anzukommen (S. 139).

Christina Ullrich

Sebastian Junger, War. Ein Jahr im Krieg. Aus dem amerikan. Engl. von Teja Schwaner, 4. Aufl., München: Blessing 2010, 336 S., EUR 19,95 [ISBN 978-3-89667-441-8]

Der Journalist und Bestseller-Autor Sebastian Junger hat im Zeitraum 2007/2008 als eingebetteter (embedded) Reporter insgesamt fünf Mal an Einsätzen der US-amerikanischen 173. Luftlandebrigade teilgenommen. Deren Einsatzgebiet, das Korengal-Tal sei, so der Autor, »so etwas wie das Afghanistan von Afghanistan« gewesen. Zu Hochzeiten sei die dort eingesetzte amerikanische Truppe in fast ein Fünftel aller Gefechte im Land verwickelt gewesen. Nun besteht kein Zweifel, dass die 173. Luftlandebrigade zu den erfahrenen Kampfeinheiten der US-Armee zählt.

Aus der Zahl der Feindkontakte allein auf die Härte des Kampfes zu schließen, ist gleichwohl ein fragwürdiges Bemühen. Es ist Teil eines universalen, binnenmilitärischen Aushandlungsprozesses um Ehre und Elitenbewusstsein: Ein amerikanischer Marineinfanterist oder ein britischer Fallschirmjäger würde wohl unter Hinweis auf die Kämpfe um Falludscha (2004) oder die Helmand-Provinz (2006) eine andere, will sagen: weit blutigere Rechnung aufmachen. Gleichwohl ist der Hinweis auf die hohe Zahl der Gefechtskontakte Anreiz genug, sich mit dem vielbeachteten Buch auseinanderzusetzen.

Auftrag der von Junger begleiteten »Battle«-Kompanie war die Sicherung des Korengal-Tales und das Zurückdrängen der dortigen Talibankräfte. Die Voraussetzungen dafür waren schwierig: Das Gelände ist hochgebirgig und verkehrsmäßig schlecht erschlossen; die örtliche Bevölkerung von den Bitternissen des Krieges zermürbt, von ihrer Einkommensquelle, dem Holzschlag und -export ins benachbarte Pakistan abgeschnitten und entsprechend intransigent gegenüber den Annäherungsversuchen der Amerikaner; die Aufständischen allgegenwärtig, aber flüchtig. Die Kontrolle übt die Armee über eine Reihe von isolierten Außenposten in befestigten Höhenstellungen aus. Die Feindkontakte gestalteten sich in der Masse als mehr oder weniger gezielte Schusswechsel über das Tal hinweg, wofür die Taliban offenbar auch lokale Zivilisten als Tagelöhner angestellt haben. Die Nacht ist der Feind der Amerikaner, denn der Gegner nutzt diese, um an die isolierten Posten heranzuschleichen und sie zu überfallen. Ab und an suchen die Amerikaner die Initiative durch Patrouillen und größere Operationen zu erlangen, deren Wert jedoch angesichts der widrigen Umstände beschränkt bleibt. Die Masse der Zeit verbringen die Soldaten mit der Beobachtung der Umgebung, der Waffenpflege, dem Unterhalt ihrer Stellungen, Körperertüchtigung sowie gewalttätigen und bisweilen stark sexualisierten Ausdifferenzierungen ihrer Rollen innerhalb der Primärgruppe. Spätestens hier setzt der Déjà-vu-Effekt ein: Wären da nicht die A-10 Erdkampfflugzeuge, die auf Anforderung heranröhren und erkannte Feindkräfte mitsamt ganzer Berghänge pulvrisieren; wäre da nicht die elektronische Aufklärung, die die Handygespräche der Taliban belauscht, wären da nicht die Egoschouter, mit denen sich die Soldaten im Unterstand die Zeit vertreiben – man könnte meinen, man befände sich irgendwo im Hochgebirgs- und Stellungskrieg an der Alpenfront von 1914 bis 1918.

Die von Junger empathisch durch zahlreiche Interviews dargestellten Soldaten stellen die bekannte Sozialauswahl dar: Yankees und Rednecks, Familenväter und Söhne aus Soldatenfamilien, Idealisten und Kleinkriminelle, Einwanderer und Collegeabbrecher, ein Afroamerikaner, keine Frau. Mit dem Journalisten sprechen sie viel über sich selbst, kaum aber über den Krieg im Großen. Junger schildert ihren Umgang mit Verlusten und stellt ihren Weg zurück in die Gesellschaft dar. Die Geschichten sortiert er unter die drei Kapitel »Angst«, »Töten« und »Liebe«, wobei letzteres Wesen und Wirkungsmacht von Kameradschaft zu beschreiben sucht. Die Schilderung der Ereignisse und die Darstellung der drei Leitbegriffe werden jeweils ergänzt durch wissenschaftliche Ausführungen, für die Junger Standardwerke der US-amerikanischen Militärsoziologie bzw. der Psychologie und Neurowissenschaften anführt. Dieser Überbau fällt gegen die Schilderung des Erlebten ab, wirkt etwas angelesen und angehängt.

Junger ist Profi genug, um keine platten Heldengeschichten abzuliefern. Sein Vorteil ist der im eigentlichen Sinne des Wortes isolierte Charakter des Auftrages »seiner« Soldaten. Sie töten in der Regel auf Distanz. Wo das Töten persönlich wird,

geschieht es, weil sich die Soldaten einem gewandten und grausamen Feind gegenüber ihrer Haut erwehren müssen, was moralische Fragen selten aufkommen lässt. Das Tagesgeschäft von Jungers Zug sind eben keine Straßenkontrollen oder Hausdurchsuchungen bei Zivilisten. Die permanente und entnervende Bedrohung durch Sprengfallen und Autobomben ist bei den Soldaten auf ihren einsamen Außenposten im Korengal nicht annähernd so gegeben wie in den Städten und Ebenen Afghanistans. Junger ist ehrlich genug, seine Geschäftsbedingungen einleitend darzulegen: »Als ‚eingebetteter‘ Journalist war ich, was Kost, Unterkunft, Sicherheit und Transport betraf, hundertprozentig vom US-Militär abhängig« (S. 9). Er spekuliert auch ebenso ehrlich über die Situation, die ihn gezwungen hätte, eine Waffe zur Selbstverteidigung in die Hand zu nehmen. Dass Kriegsreporter zu sein eine gefährliche Berufung ist, zeigt nicht zuletzt das Schicksal von Jungers Partner im Korengal, des britischen Fotografen Tim Hetherington, der im April 2011 bei den Kämpfen um die libysche Stadt Misrata ums Leben kam – was im Übrigen in Folgeauflagen des hier besprochenen Buches zu erwähnen wäre.

Sebastian Jungers »War« ist ein bedeutender journalistischer Beitrag zum Krieg gegen den Terror aus der Perspektive der Soldaten, in dem sich für Historiker aller Epochen unschwer Konstanten des Militärischen und der organisierten Gewaltausübung ausmachen lassen. Das Buch ist aber auch ein Höhepunkt einer militärischen Medienstrategie, welche die weitgehende Einschränkung der Presse als Akteur im Krieg – nicht die Einschränkung der Freiheit der Presse an sich – mit dem Versprechen verbindet, über die Anbindung an das Militär »nahe dran« zu kommen. Dabei kommen Journalisten wie Junger so nahe dran, dass der große Rahmen des Krieges naturgemäß aus dem Fokus geraten muss. Die Schilderungen, die Junger uns liefert, sind auf ihre Weise empathisch und beeindruckend. Sie erlauben viele Rückschlüsse darauf, wie Soldaten Krieg und Gewalt erleben. Vom Krieg in Afghanistan erzählt das Buch deshalb vielleicht sogar weniger als man vermutet.

Texte wie dieser, die von militärischen Akronymen, Slang und dem F-Wort durchzogen sind, stellen für den Übersetzer eine besondere Herausforderung dar. Im vorliegenden Fall hat der Übersetzer sich dafür entschieden, Dienstgrade, Dienststellungen und die Bezeichnungen von Waffen und Einheiten weitgehend im Original zu belassen. Damit hat er im Prinzip recht getan, auch wenn sich das manchmal merkwürdig liest. An »Commander der Battle-Company« oder »Haupt-einsatzkraft für die Company« muss man sich erst gewöhnen, und »Line Infantry« oder »Videotape« hätte man doch ohne Not auch noch übersetzen können. Aber angesichts der Gesamtleistung sollte man nicht meckern. Wer des Militäramerikanischen mächtig ist, dem sei einfach die Originalfassung empfohlen. Wer gar nicht lesen will, kann den von Junger und Hetherington zeitgleich veröffentlichten Dokumentarfilm »Restrepo« ansehen und wer mit einem Bilderbuch zufrieden ist, dem sei Hetheringtons Fotoband »Infidel« zum selben Thema empfohlen. Cross-media-Marketing nennt man das, und auch in dieser Beziehung ist die Geschichte der Soldaten im Korengal herausragend.

Markus Pöhlmann

Toshi Yoshihara und James R. Holmes, Der rote Stern über dem Pazifik. Chinas Aufstieg als Seemacht – und wie antworten die USA, Hamburg [u.a.]: Mittler 2011, XII, 258 S., EUR 24,95 [ISBN 978-3-8132-0929-7]

Nach Einschätzung der meisten Wirtschaftsauguren wird die Volksrepublik China die USA schon in den nächsten zehn Jahren als stärkste Ökonomie der Welt ablösen. Welche geostrategischen Folgen aber ergeben sich aus der neuen ökonomischen Dominanz des wieder erstarkten Reiches der Mitte vor allem im pazifischen Raum? Wird das neue Selbstbewusstsein der roten Mandarine gar zu einer maritimen Konfrontation mit den USA führen, vergleichbar etwa mit der Flottenrivalität des deutschen Kaiserreiches und Großbritanniens vor dem Ersten Weltkrieg? Mit diesen Kernfragen haben sich die beiden Amerikaner Toshi Yoshihara und James R. Holmes in ihrer Studie »Roter Stern über dem Pazifik« befasst, die jetzt auch in deutscher Übersetzung vorliegt. Die beiden Dozenten am Naval War College in Newport haben für ihre Untersuchung zahlreiche Publikationen und auch offizielle Verlautbarungen ausgewertet. Die Quellenlage ist aber gleichwohl als unbefriedigend einzustufen, da der Prozess der chinesischen Seemachtbildung noch am Anfang steht und außer den offiziellen Darstellungen wie etwa in den »White Papers« von 2004 bisher nur wenig authentisches Material zur Verfügung steht.

Mit seiner Flottenpolitik betritt der ostasiatische Riese absolutes Neuland und so lassen sich noch unterschiedliche strategische Ansätze innerhalb der Führung der Peoples Liberation Army-Navy (PLAN) ausmachen. Zur Debatte stehen hauptsächlich reine Küstenverteidigungskonzepte ebenso wie navalistische Theorien der offensiven Sicherung wichtiger maritimer Handelsrouten. Dass dabei der amerikanische Marineschriftsteller Alfred T. Mahan ebenso wie schon im wilhelminischen Kaiserreich eine bedeutende Rolle spielt, dürfte kaum erstaunen, da Chinas seestrategische Situation mit der ungünstigen Ausgangslage der kaiserlichen Marine in vielerlei Hinsicht vergleichbar ist. So wie damals die junge Hochseeflotte einer traditionellen Landmacht steht nun auch die chinesische Marine vor der zentralen Aufgabe, den Zugang zur offenen See gegen die Dominanz einer inzwischen alten Seemacht zu erzwingen. Während im Europa des frühen 20. Jahrhunderts diese Spannungslage in einen Krieg mit Großbritannien und zugleich in einen Weltkrieg eskalierte, erscheint nun auch in Ostasien eine verschärzte Rivalität mit der US-Marine als immerhin denkbar. Gleichwohl rechnen die beiden Autoren nicht damit, dass China in absehbarer Zeit die direkte Konfrontation mit den Seestreitkräften der USA suchen wird.

Die baldige Inbesitznahme Taiwans erscheint allerdings in allen seestrategischen Betrachtungen auf chinesischer Seite bereits als eine vorweggenommene Tatsache. Damit würde das Reich der Mitte nicht nur über einen »Flugzeugträger« am Ausgang zum Pazifik verfügen, sondern auch die bisher als Sperrlinie betrachtete Inselkette vor seinem Festland endgültig durchbrochen haben. Angesichts des seit einer Dekade rasant wachsenden maritimen Potenzials der letzten kommunistischen Supermacht haben sich die anfangs noch skeptischen Einschätzungen der US-amerikanischen Analysten längst deutlich gewandelt. Ob mit oder ohne Taiwan wird Chinas Kriegsmarine in Zukunft unstrittig eine Herausforderung für die USA sein.

In insgesamt neun Kapiteln analysieren die beiden Autoren die chinesischen Optionen bis hin zu speziellen Flottentaktiken der aufstrebenden ostasiatischen

Supermacht. In einem letzten Abschnitt werden auch die amerikanischen Möglichkeiten einer Gegenreaktion geprüft, wobei hier wiederum die Parallelen zwischen der alten Konfrontation mit der sowjetischen Flotte im Kalten Krieg und der neuen Lage im Pazifik kaum zu übersehen sind. Trotzdem vermißt das aktuelle maritime Strategiepapier der USA von 2007 noch eine direkte Bezugnahme auf den fernöstlichen Konkurrenten, um nicht die dringend erwünschte Zusammenarbeit auf anderen Politikfeldern zu gefährden.

Kritisch anzumerken bleibt, dass der oft sperrige Text nicht unbedingt ein Lesevergnügen ist. Es mag an dem abstrakten Stil der beiden Autoren liegen, dass man verschiedentlich den Eindruck hat, eine Denkschrift oder ein Memorandum im Stile des diplomatischen »Politsprech« vor sich zu haben. Der Aussagegehalt vieler Passagen ist daher eher dürfzig und erschließt sich auch nach mehrmaligem Lesen nur näherungsweise. Als Beispiel dazu sei folgender Satz über das »intellektuelle Zusammenwirken akademischer und politischer Kreise« zitiert: »Der daraus resultierende Fortschritt in Form strategischer Ideenentwicklung und die damit verbundene zunehmend wissenschaftliche Behandlung seemännischer Belange versprechen eine nützliche Messbarmachung, die äußeren Beobachtern bei der Einschätzung hilft, zu welchem Ausmaß Seemachttheorie politische Zugkraft erlangt hat.«

Unverständlich bleibt auch, weshalb fast ganz auf Kartenmaterial verzichtet wurde. Eine einzige halbseitige Karte der Geografie Südostasiens – auf der die Details kaum zu erkennen sind – dürfte wohl in dem ansonsten wie eine Bleiwüste wirkenden Text einfach zu wenig sein. Sonstige Abbildungen oder Diagramme sind ebenso Fehlanzeige wie eine Auswahlbibliografie. Literaturhinweise finden sich allerdings im Anmerkungsteil. Gleichwohl liefert der vorliegende Band eine erste brauchbare Bestandsaufnahme zu einem spannenden Thema, das im Zeichen von Energieverknappung und Klimawandel so schnell nicht aus der Liste der wichtigsten strategischen Themen gestrichen werden dürfte.

Klaus-Jürgen Bremm

Helwig Schmidt-Glintzer, CHINA – Eine Herausforderung für den Westen. Plädoyer für differentielle kulturelle Kompetenz, Wiesbaden: Harrassowitz 2011, 135 S., EUR 19,80 [ISBN 978-3-447-06583-2]

Der Autor bietet zunächst eine überblicksartige Darstellung zur Geschichte Chinas und seiner Kontakte mit dem Westen im Laufe der Jahrhunderte, bevor er im letzten Viertel des Buches zu seinem eigentlichen Anliegen kommt: der Herausforderung, die das aufstrebende Land für Europa und die USA darstellt. In den letzten fünfzig Jahren war man ja gewöhnt, mit Bestsellern über die »amerikanische Herausforderung« und die »japanische Herausforderung« konfrontiert zu werden. Inzwischen sind diese Herausforderer auf Normalmaß geschrumpft. Nun also China.

Für Schmidt-Glintzer ist das Zeitalter vorbei, in dem der Westen die Blaupausen für die Entwicklung der Welt lieferte, auch wenn man dies in Europa und den USA noch nicht wahrhaben wolle und deshalb Ängste vor einer Hegemonialmacht schüre, die ihm fremd geblieben sei. Mitunter greift er auf das Zeitalter der Aufklärung als Beispiel zurück, als viele Intellektuelle sich um Verständnis für das Reich der Mitte bemühten, das dabei manchmal als Vorbild erschien. Der Zugang

zu einem Land wie China scheine aber dadurch erschwert zu sein, als es sich dabei – anders als im Fall der USA – nicht um ein Produkt Europas handele.

Betont wird, dass China seit seiner Anfang der 1970er Jahre begonnenen Politik der Öffnung nach außen und der Wirtschaftsreformen eine erstaunliche Wandlungs- und Reformbereitschaft gezeigt habe, unbeeinflusst von antidemokratischen Maßnahmen. Sogar mit Taiwan habe sich eine fruchtbare Kooperation entwickelt, und man wird hinzufügen dürfen: ebenso mit Südkorea.

Anerkennung findet in dem vorliegenden Werk auch die Politik der Rohstoffsicherung in Afrika, wie sie China betreibt, eine Notwendigkeit – so der Autor –, der nachzukommen Europa versäumt habe, da es selbstgefällig davon überzeugt gewesen sei, dort bis in alle Ewigkeit seine Vorherrschaft zu bewahren. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, wodurch sich das Reich der Mitte seine Förderrechte in den meisten Ländern des Schwarzen Kontinents erkauft hat: durch Schmiergeldzahlungen an korrupte einheimische Politiker. Derartiger Mittel aber können sich die demokratischen Nationen des Westens weniger offen bedienen, haben doch schon Zahlungen für Fischereirechte an undurchsichtige Adressen für böses Blut gesorgt. Der Autor übersieht außerdem negative Auswirkungen und eine sich anbahnende Auflehnung in den betroffenen Ländern. Zwar betont er an anderer Stelle den Protest mongolischer Hirten gegen die Erschließung neuer Kohlelagerstätten auf ihren Weidegebieten in China, nicht aber die rücksichtslose Ausbeutung von Rohstoffen in Afrika auf Kosten der dortigen Kleinbauern, die landwirtschaftlich genutzte Flächen verlieren, und auf Kosten der Umwelt. Darüber hinaus sind es nicht nur die Ressourcen im Boden des Schwarzen Kontinents, die Chinas Begehrlichkeit wecken, sondern ebenso andere wirtschaftliche Profitmöglichkeiten wie die Fischerei. Auch wurden in vielen Ländern chinesische Supermärkte eingerichtet, die – man unterstellt vor Ort Dumpingpreise – den traditionellen Kleinhandel schädigten. Betroffen sind vor allem Frauen, in deren Hand dieses Gewerbe seit alters her liegt.

Der Sinologe Schmidt-Glintzer führt als Grundlage seiner Untersuchung nur Werke in westlichen Sprachen auf. Vielleicht aber beruhen seine Ansichten doch weitgehend auf chinesischen Quellen, die er dem Leser – angesprochen scheint eher der interessierte Laie als der China-Spezialist zu sein – wegen dessen mangelnder Sprachkenntnisse nicht nennt. Möglicherweise sind seine Auffassungen eben von chinesischen Urteilen beeinflusst. Jedenfalls zeigt der Autor deutliche Sympathien für die Kommunistische Partei Chinas und das von ihr errichtete Regime. Er warnt nicht nur vor der Illusion, Erwartungen in den nahen Untergang dieser Herrschaft zu hegen, sondern weist auch darauf hin, dass es die KPC selbst gewesen sei, welche die Verbrechen der Kulturrevolution angeprangert, die »Viererbande« vor Gericht gestellt und die Reformpolitik durchgeführt habe. Die Regierung habe erst durch langfristige Projektierung und ihre Fünfjahrespläne die derzeitige dynamische Wirtschaftsentwicklung ermöglicht, nach den bekannten Fehlentscheidungen der 1950er Jahre mit ihren katastrophalen Folgen.

Schmidt-Glintzer beurteilt die in der Vergangenheit erlittenen Demütigungen durch den Westen, einschließlich Russlands, und Japan als integrationsfördernd für China, sieht aber den Zusammenhalt des Riesenreiches noch oder wieder gefährdet, wie ein Vergleich mit dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens nahelegen könnte. Sprengstoff bilden die Ethnien des Vielvölkerstaates, hatten doch unter Tibetern und Uiguren in den letzten Jahren regelrechte Aufstände stattgefunden. Mitunter aber werden seine Ansichten problematisch. Gefahren sieht er nämlich auch in den vom Westen betonten Menschenrechtsfragen und der Forde-

rung nach freier künstlerischer Betätigung. So zweifelt er z.B. die Weisheit an, dem Menschenrechts-Aktivisten Liu Xiaobo den Friedensnobelpreis zu verleihen, da man dadurch in einem innerchinesischen und durchaus riskanten Entwicklungsprozess Stellung bezogen und die Auslösung neuer Unruhen riskiert habe (S. 78 f.). Das harte Vorgehen gegen den Künstler Ai Weiwei und andere Intellektuelle sieht er als »Ausdruck des Selbstbehauptungswillens im Kontext einer internen Neuarangierung von Macht unter den Akteuren« (S. 119).

Ausländische Kritik an Repressionsmaßnahmen, ausgehend von dem Tiananmen-Massaker 1989, beurteilt Schmidt-Glintzer als dialoghemmend. Menschenrechtspolitik müsse auch auf die realen Gesprächs- und Verständigungsmöglichkeiten Rücksicht nehmen. Er empfiehlt daher mehr Gelassenheit, denn wer sich auf die Kritik kommunistischer Strukturen beschränke, verkenne die Vielschichtigkeit Chinas. Vielmehr betont er die Fortschritte, die China auf zahlreichen Ebenen gemacht habe, z.B. im Justizwesen. Er fordert daher eine pragmatische Heran gehensweise und ein Streben der deutschen und europäischen Politik nach Verständigung mit einem China, das sich in letzter Zeit international engagiere und Verantwortung übernommen habe. Das dynamische chinesische Wachstum habe bereits neue Formen internationaler Kooperation zur Folge, so z.B. ein Forum der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten und Russland sowie weiteren Staaten als Beobachter – eine Plattform, die als Kern eines künftig möglichen Eurasien dienen könnte.

Angesichts der von Schmidt-Glintzer erkannten starken zentrifugalen Kräfte hat die politische Führung Chinas nach seiner Ansicht ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf alle Anzeichen von Unruhen und Konflikten gerichtet, nicht nur im Bereich der sozialen und der politischen Felder, sondern auch im Finanzwesen. Bevölkerungsverschiebungen und den Wanderungsdruck habe China im Vergleich zu anderen Gesellschaften erheblich geschickter aufgefangen. Nun hört man aber über das Los des Heeres von Wanderarbeitern durchaus andere Urteile, und die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich wird ebenso ignoriert wie die zunehmende Korruption und der demografische Wandel durch die Ein-Kind-Politik. Der soziale Sprengstoff mit unvermeidlichen negativen Folgen für die Wirtschaft dürfte auch nicht im Interesse des Westens liegen.

Schmidt-Glintzers Buch läuft auf die Forderung hinaus, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China anzustreben, ohne sich in Menschenrechtsfragen einzumischen. Der Leser fragt sich allerdings, ob dies nicht längst geschieht und Forderungen nach einer Demokratisierung schon jetzt bloße Lippenbekenntnisse sind. So etwas nennt man wohl Pragmatismus.

Gerhard Krebs

Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari, Freiburg i.Br. [u.a.]: Rombach 2012, 480 S. (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 1), EUR 48,00 [ISBN 978-3-7930-9694-8]

Mit diesem Buch will das MGFA, das mit dem *Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr* fusioniert, erkunden, »was eine in den Streitkräften verankerte Neueste Militärgeschichte zukünftig leisten kann und muss« (S. 11). »Anwendungsori-

tierung« (S. 12) im Interesse der Bundeswehr und zugleich unabhängige »Grundlagenforschung« (S. 12, 38) nach den fachwissenschaftlichen Standards: so bestimmen der Amtschef im Vorwort und der Herausgeber, Leiter des Projektes »Einsatzarmee Bundeswehr«, in seinem programmatischen Einführungsbeitrag diese Aufgabe. Die Rezension wird der Argumentationslinie der Einführung folgen und die 35 Beiträge des Bandes, die nicht einzeln vorgestellt werden können, dort einbauen, wo es thematisch angebracht erscheint.

Was ist neu an der Neuesten Militärgeschichte? Dieser Frage geht *Bernhard Chiari* nach. Seine Antworten überzeugen den Rezessenten nicht in allen Punkten. Zunächst wird man festhalten dürfen: Neueste Militärgeschichte ist nichts Neues. Und sie muss sich mit den gleichen Problemen wie die neueste Zeitgeschichte auseinandersetzen. Zu ihnen gehört der begrenzte Zugang zu Archivquellen. Er hat Historiker, obwohl sie wie der Herausgeber ihr Fach von anderen Fächern durch den Quellenbezug abgrenzen, zu keiner Zeit veranlasst, darauf zu verzichten, über die eigene Gegenwart zu forschen und zu publizieren. Zurecht, wie jüngst noch Andreas Wirsching mit seiner Geschichte Europas seit 1990 eindrucksvoll gezeigt hat, und wie auch der Band, der hier zu besprechen ist, verdeutlicht. Denn abgesehen von den fünf Beiträgen, die speziell der Archivierung von Quellen gewidmet sind, haben nur vier Autoren auf Archivbestände zurückgreifen können. Die beiden Beiträge der Bundesarchivare *Andreas Kunz* und *Daniel Jost* zeigen eindringlich, mit welchen Problemen sie bei der Sicherung von Quellen aus militärischen Auslandseinsätzen konfrontiert sind. Die Aufsätze klingen stellenweise wie ein Appell an alle Beteiligten, sich um Konzepte für die Sicherung der Quellen zu kümmern und diese dann auch durchzusetzen. Man erfährt aus diesen und anderen Beiträgen jedoch zugleich, wie viele frei zugängliche Quellen auch heute schon zur Verfügung stehen. Vor allem im Internet lasse sich »ein alltags-, mentalitäts- und kulturgeschichtlicher Erkenntnisquell ersten Ranges erschließen« (Kunz, S. 396).

Einige der Autoren haben in unterschiedlichen Funktionen an den Auslands-einsätzen, die in dem Buch analysiert werden, teilgenommen. Auch Chiari. Er scheint davon auszugehen, dass »militärische Sachkenntnis« (S. 17), von ihm verstanden als »persönliche Einsatzerfahrungen« (S. 38), für die Neueste Militärgeschichte wünschenswert sei. Er sieht darin eine »besondere Qualität von Ressortforschung« und sogar ein »Alleinstellungsmerkmal gegenüber außerhalb der Organisation stehenden Wissenschaftlern« (S. 38). Diese Position erfordert dringend eine Debatte. Für sie ist eine Rezension nicht der geeignete Ort. Es sei aber dennoch angemerkt, dass der Rezessent diese Position für inakzeptabel hält. Die Militärforschung verlangt ebenso wenig eine lebensweltliche Erfahrung im Untersuchungsbereich wie etwa die Arbeiter-, die Frauen- oder die Konfessionsforschung, die Erforschung von politischem Handeln in Parteien und Parlamenten oder was sonst auch immer.

Chiari nennt drei Aufgaben, die mit der »Neuausrichtung« des MGFA verbunden sind: 1. Die neue Rolle der Bundeswehr als Einsatzarmee nach den Regeln der Geschichtswissenschaft erforschen; 2. die Forschungsergebnisse in die »historische Bildung vorrangig für Bedarfe der Bundeswehr« (S. 38) einspeisen; 3. als Ressortforschung einsatzerfahrener Mitarbeiter eine »Brücken- und Mittlerfunktion zwischen Wissenschaft, Streitkräften und Öffentlichkeit« (S. 38) ausüben. Wie lässt sich dieses Programm anhand des zu besprechenden Buches als einer ersten Be standsaufnahme einschätzen? Was sagen die Buchbeiträge über dieses Programm aus?

Die Neueste Militärgeschichte, wie sie hier präsentiert wird, macht – ein erster wichtiger Untersuchungsbereich – das, was jede Militärgeschichte tun muss: sie sucht das politische und gesellschaftliche Feld, in dem die Aufgaben des Militärs bestimmt werden, differenziert zu vermessen. Die dem Militär oder militärahnlichen Einrichtungen zuzurechnenden Autoren – nach Ausweis des Mitarbeiterverzeichnisses wohl 25 der insgesamt 38 Autoren – haben in diesem Untersuchungsbereich keinen Vorteil gegenüber den anderen. Hier werden die Gesetzeslage und ihre Änderungen (*Thomas Breitwieser* zu Deutschland und zu Kanada *David J. Bercuson/Ryan B. Flavelle/Nancy Pearson Mackie*), die Einschätzung der Streitkräfte in der Gesellschaft und vor allem die politischen Handlungsaufträge und ihre Folgen für das Militär analysiert: zu Deutschland *Michael Epkenhans* und aus polnischer Sicht *Justyna Gotkowska*, zu den Niederlanden *Thijs Brocades Zaalberg*, zu Finnland und Schweden *Agilolf Kefelring*. Hierher gehört auch der politikwissenschaftliche Beitrag von *Matthias Dembinski*, der auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse das Risiko des Scheiterns aller Formen militärischen Konfliktmanagements hoch einschätzt und rät, nicht auf ein »social engineering« durch das Militär zu setzen (S. 120).

Die Studien in diesem Untersuchungsbereich zeigen, dass von den Streitkräften aller Staaten, die betrachtet werden, hohe Anpassungsleistungen verlangt werden, um den »Auftrag Auslandseinsatz« durchführen zu können. Auf ihn war die Politik in den Niederlanden ebenso wenig vorbereitet wie in anderen Staaten (Zaalberg, S. 84). In Deutschland waren und sind allerdings die historisch bedingten Sperren, die Rolle zu wechseln, höher als anderswo: vom »security consumer« zum »security provider« (*Douglas C. Peifer*, S. 142). Was dies für die Bundeswehr bedeutet, wird in einem zweiten Untersuchungsbereich dargelegt. Da geht es um Flexibilitätsanforderungen, die nicht nur zu einer »Semantik des Neuen« (*Martin Rink*, S. 133) führen, sondern dazu zwingen, die Organisation ständig zu verändern. Was dies konkret bedeutet, lässt sich zumindest in einigen Aspekten an den Beiträgen zur Luftwaffe (*Peifer*), zu einzelnen Einsätzen der Marine (*Sebastian Bruns* und *Rüdiger Schiel*) und zur Reserve (*Armin Müller*) erkennen. *Agnieszka Polończyk* fragt, wie sich die neuen sicherheitspolitischen Aufgaben auf die »Streitkräftekultur« (S. 204) in Deutschland und Polen auswirkten, und *Peter Buchner* sucht ein »Sinnstiftungsmodell« vorzulegen, das den »Legitimationsanspruch der Inneren Führung« (S. 197) erfüllt, wenn es nicht mehr um einen Verteidigungskrieg als »war of necessity«, sondern um Auslandseinsätze als einem »war of choice« geht (S. 188 f.). Auf Archivstudien basieren diese Studien (noch) nicht, so dass auch hier nicht eingeschätzt werden kann, was zu erwarten ist, wenn »Historiker der Bundeswehr« Zugang zu solchen Akten erhalten, die der 30-jährigen Sperrfrist unterliegen (*Chiari*, S. 34).

Ohne Archivalien kommen auch die neun Studien aus, die im Abschnitt »Fallbeispiel ISAF: Streitkräfte in der Transformation seit 2001« vornehmlich den Einsatz in Afghanistan analysieren. Mit einer Ausnahme: *Torunn Laugen Haaland* durfte für ihre Dissertation Archivbestände auswerten und Befragungen im Militär durchführen. Nur deshalb ist es ihr möglich zu zeigen, wie begrenzt die Lernerfahrungen waren, die im norwegischen Militär von den ISAF-Einsätzen ausgelöst worden sind. Ihr Fazit lautet: »military organization tends to learn what it already knows«, und mündliche Informationen sind wichtiger als schriftliche für »experience-based learning« (S. 305). Andere Beiträge fragen mit Blick auf den deutschen Afghanistan-einsatz nach den politischen Entscheidungen und den Haltungen in der Gesell-

schaft (*Florian Stöhr* und *Lucas Charles Neece*), nach den Formen, mit dem Tod umzugehen (*Loretana de Libero*), oder suchen – das bleibt noch recht vage – nach einem kulturwissenschaftlichen Zugang zur Analyse der Kampferfahrung von Bundeswehrsoldaten (*Marc Hansen*). Hier werden allgemein zugängliche Quellen ausgewertet, zu denen auch Augenzeugenberichte, Informationen in Internetforen und Interviews gehören. Drei weitere Beiträge berichten auf der Grundlage eigener Mitwirkung über die nationalen Unterschiede in der Arbeit der »Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan« (*Peter Dreist*) und wie die britische Armee ihre Erfahrung in den Counterinsurgency-Einsätzen verarbeitet hat (*Matthias Strohn*). Wie aufschlussreich ein »fremder« Blick sein kann, zeigen die Beobachtungen deutscher Einsätze in Afghanistan durch *Mesut Uyar*, Mitglied der Türkischen Militärakademie in Ankara. Zu dem, was ihn überraschte, gehört die ethnische Inhomogenität der deutschen Truppen: Deutsche mit »Migrationshintergrund«.

Nur ein Aufsatz blickt intensiv auf die afghanische Bevölkerung: *Conrad Schetter*, Wissenschaftler mit reicher ethnologischer Felderfahrung in Afghanistan, legt dar, welch unterschiedliche und auch konkurrierende Gruppierungen unter dem Begriff Taliban zusammengefasst werden. »Der ›Krieg gegen den Terrorismus‹ in Afghanistan erscheint vor diesem Hintergrund als ein extern geführter Staatsbildungskrieg, in dem lokale Machtstrukturen zugunsten der Durchsetzung von Staatlichkeit gebrochen werden sollten« (S. 319). Auch Schetters Analyse beruht auf einem »aus eigenem Erleben [...] gewonnenen Erfahrungsschatz« (Chiari, S. 38), doch diese Erfahrung können Soldaten nicht machen, denn sie gehen auf teilnehmende Beobachtung zurück, und es werden anthropologische Studien ausgewertet. Um den dortigen Kriegseinsatz deutscher und anderer Truppen analysieren zu können, sind solche Erfahrungen nicht minder wichtig als jene, die aus der Teilhabe am Einsatz des Militärs hervorgehen. Wie begrenzt letztere sein können, zeigt der »Erfahrungsbericht« von *Marco DiStefano* über den »Umgang deutscher Soldaten mit den Kulturen im Kosovo« (S. 375–386).

Die übrigen Beiträge befassen sich mit der zeitgenössischen Militärgeschichtsschreibung in den Niederlanden (*Arthur ten Cate*), der Rolle von Historikern und der Geschichtswissenschaft bei der Ausbildung von Offizieren in den USA und Großbritannien (*Tamir Libel*), wie man in britischen und US-amerikanischen Armeen mit historischen Erfahrungen umgeht (*Eric Sangar*), was über die Veränderungen in der Kriegsführung aus der italienischen Militärpresse zu erfahren ist (*Nicola Labanca*), und es wird eine Geschichte des Sanitätsdienstes angemahnt (*Ralf Vollmuth*). Ein weites Feld also, das durch fünf Aufsätze abgeschlossen wird, die für alle, die sich mit der militärischen Zeitgeschichte befassen, von besonderem Wert sind, weil sie die Quellenüberlieferung und die großen Probleme, sie zu sichern, darlegen: die beiden schon erwähnten Studien zur deutschen Seite sowie Beiträge zur Aufgabe von Historikern in »Combat and Stability Operations« der USA (*Bianka Adams*), zu den »Operational Diaries« in den Niederlanden (*Richard van Gils*) und zu den Schwierigkeiten, den Einsatz von NATO-Streitkräften auf dem Balkan zu dokumentieren (*Ineke Deserno/Gregory Pedlow*).

Als Fazit ist festzuhalten: Die großen Aufgaben, vor denen die Neueste Militärgeschichte steht, dokumentiert dieser Band eindrucksvoll in einem weiten Spektrum der Themen und der Probleme. Die Geschichtswissenschaft hat sich, das betont Chiari in seiner programmatischen Einleitung völlig zurecht, damit bislang kaum befasst, und die Öffentlichkeit tut sich nach wie vor schwer, den Umbruch in den Aufgaben der Bundeswehr anzuerkennen. Was er an konkreten Aufgaben

für die wissenschaftliche Analyse nennt, ist jedoch kein Novum. Militärgeschichte war immer auch »anwendungsbezogene« Forschung und hatte immer »Relevanz« für das Militär und die Politik (S. 40). Deshalb haben Militärs immer auch Militärgeschichte geschrieben. Einige dieser Studien sind heute noch Standardwerk. Und dies, obwohl Autoren wie Antoine Henri Jomini oder Charles Edward Callwell nicht bemüht waren, geschichtswissenschaftliche Standards zu erfüllen. Sie brachten reiche militärische Erfahrung mit und haben sie intellektuell meisterhaft geformt, indem sie gefragt haben, welche Folgerungen aus der Analyse gegenwärtiger Kriege für die Zukunft gezogen werden sollten. Dies gehört auch heute noch zu den Aufgaben militärgeschichtlicher Forschung, sei es Ressortforschung oder ungebundene Forschung an Universitäten und anderen Institutionen. Um die Neu-este Militärgeschichte wissenschaftlich voranzubringen, ist Kooperation gewiss wichtiger als die Betonung von Alleinstellungsmerkmalen. Zur Kooperation gehört auch, dass der Zugang zu den Archivquellen allen Forschern zugänglich gemacht wird – so weit wie es die Sicherheit der Soldaten im Einsatz erlaubt. Diese Grenze bleibt allen gezogen, auch den Ressortforschern.

Dieter Langewiesche